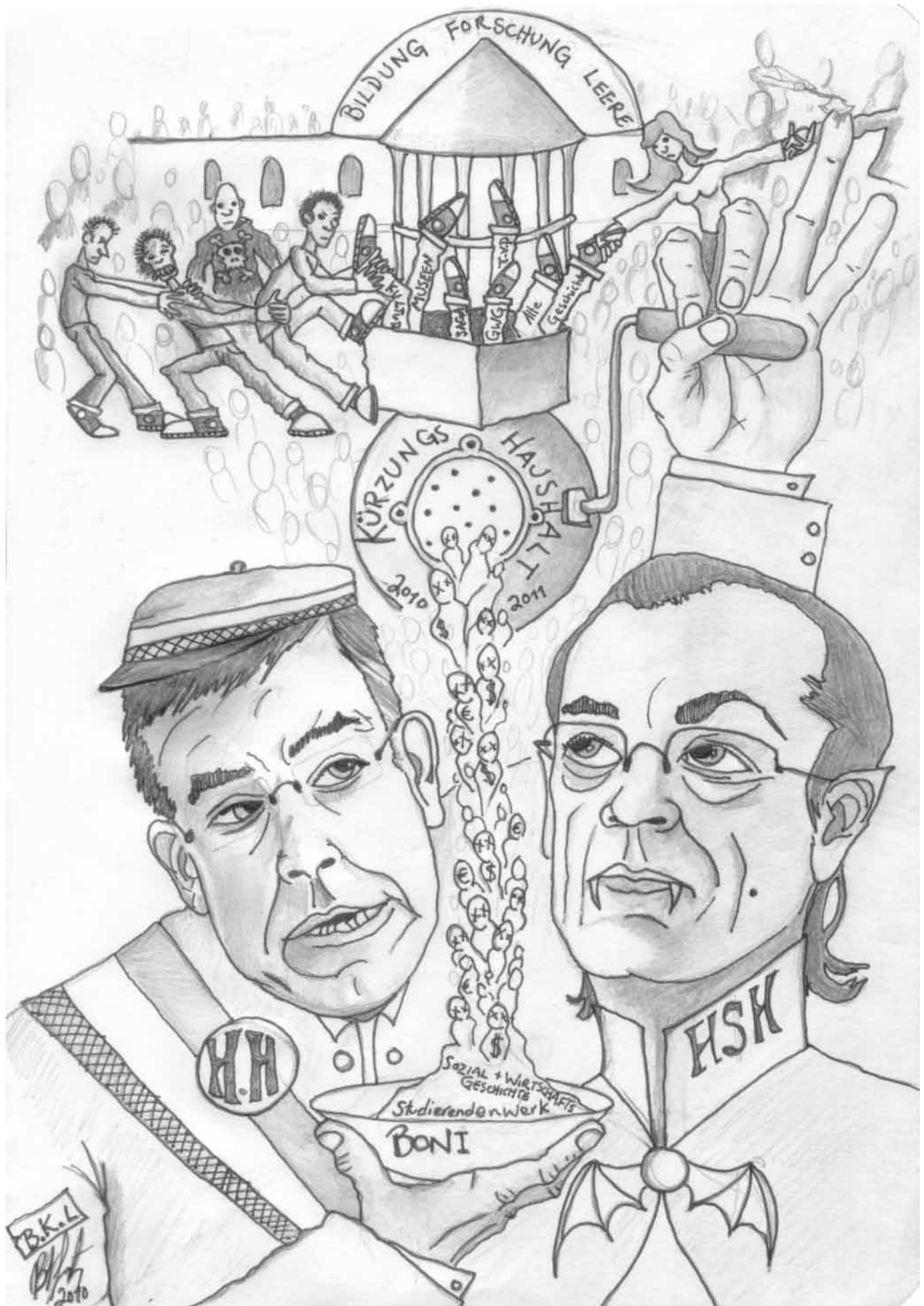


HISTORIX

WiSe 2010/11

Zeitschrift der HistorikerInnen



Fürchterliches Regieren: „Wir haben eine schwere Last zu tragen,....“

„...und dem stellen wir uns“, litt der korruptionsverdächtige Finanzsenator Frigge (CDU) in der Bürgerschafts-Debatte über sein 406 Millionen Euro „Spar“-Paket. Man müsse zwischen „Notwendigem und Wünschenswertem“ gründlicher unterscheiden, erklärte der neue Erste Bürgermeister Christoph Ahlhaus. Und der grüne Finanzpolitiker Jens Kerstan assistierte, die Kürzungen seien „ausgewogen und gerecht“.

Das selbstmitleidige Geschwätz der Regierenden ist eigenartig. Wo leben diese Leute eigentlich? Wird hier im Ernst angenommen, dass Mitleid mit einer derartig kulturell und sozial zynischen Politik möglich ist? Glauben Schwarze und Grüne, Hamburg bestehe nur aus Volksdorf, Ottensen und Nienstedten? Sollen die empfindlich angegriffenen Menschen der Stadt vor der zur Naturkatastrophe hochgeredeten Finanzkrise gläubig erstarren? Soll die Bevölkerung den selbst hervorgebrachten Reichtum Hamburgs schlechterdings vergessen, weil die Dekadenz des Establishments nun einmal irgendwie zum Kapitalismus (vorgeblich: das Ende der Geschichte) dazugehört?

Die Regierung hat endgültig überzogen. Die Unternehmen protzen mit ihrer Krisenbewältigung, der Hafen boomt, aber die gesellschaftliche Mehrheit hat offenbar nur Schaden davon. Alles muss ganz anders werden. Und deshalb rappelt es in der Kiste.

Beispiele? Die große Demonstration gegen die Kürzungswillkür des Senats und für einen Politikwechsel Ende

September 2010 hat gezeigt, dass die Landesregierung mit ihrem Überverteilungsprogramm für die 20 Hamburger Milliardäre und die 20.000 Vermögensmillionäre der Stadt kräftig daneben gelangt hat. Auch der Rausschmiss der GAL-Vorsitzenden Fegebank aus der St. Pauli-Fankneipe „Jolly Rogers“ ist ein deutliches Signal, dass jede Kompromiss- oder Duldungsbereitschaft gegenüber Polizeistaatlichkeit, Kulturheuchelei und Asozialität klar an ihre Grenze gekommen ist. Das ist ein guter Anfang für weitere Bewegung.

Dieser Umschwung der politischen Hegemonie hat damit zu tun, dass gezielt kritische Kultur und Bildung sowie die sozial Bedürftigsten bekämpft werden. Für gesellschaftliche Emanzipation soll im engsten Wortsinne kein Spielraum (zum Beispiel auf den hanseatischen Bühnen) mehr sein. Aber für die soziale und kulturelle Befreiung von allem Elend wird in der links-liberalen und reichen Hansestadt nun einmal immer politisch gekämpft. Und der Widerspruch, dass herrschenderseits nicht sein soll, was sehr wohl und erkennbar sein könnte,

Inhalt

Fürchterliches Regieren: „Wir haben eine schwere Last zu tragen...“ 2

Auf Dauer : Schmale Kost Kürzungen im Fach Geschichte 4

Zur Studienreform: Humanisierung statt Ökonomisierung 5

Was getan werden muss! 7

Magister soll bleiben! 8

Promotion Bolognese 9

Wo aktiv werden? 11

Impressum 12

Unverzichtbar: Gebührenfreiheit 13

Uni bleibt. 14

68 - Ein Resumée der Veranstaltungsreihe des FSR 15

Kein Comeback für studentische Verbindungen 16

Das nächste Mal richtig - Zur Schulreform 18

Altonaer Museum erhalten! 19

Dokumentiert:

Der Akademische Senat der Universität Hamburg hat auf Antrag der stud. Gruppe „Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!)“ in seiner Sitzung am 9. September 2010 einstimmig beschlossen:

„Bedarfsgerechte öffentliche Hochschulfinanzierung:
Im Dienst der Menschen

Die Unterfinanzierung der öffentlichen Hochschulen ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen einerseits der wachsenden gesamtgesellschaftlichen Bedeutung wissenschaftlicher Bildung und Forschung und andererseits der politischen Entscheidung für eine restriktive Haushaltspolitik. Seit den frühen 1990er Jahren ist die Universität Hamburg mehrfach durch sogenannte Sparrunden in der Erfüllung und Erweiterung ihrer Aufgaben in Forschung, Lehre, Studium und Selbstverwaltung stark eingeschränkt worden. Die Fächer und die Studienplätze haben darunter gelitten.

Im Leitbild der Universität sind als Maßstäbe einer gesellschaftlich notwendigen Entwicklung die Kooperation zwischen den Fächern und die Förderung der Internationalität, die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre, die Bildung mündiger Menschen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Zuwendung der Wissenschaften zu gesellschaftlichen Aufgaben formuliert. Die Universität will damit einen Beitrag zur zivilen, ökologisch nachhaltigen, sozial verantwortlichen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaft leisten.

Dafür müssen Bildung und Wissenschaft bedarfsgerecht und öffentlich finanziert werden. Das schließt die Gebührenfreiheit des Studiums und eine Kompensation der entfallenden Einnahmen aus öffentlichen Mitteln ein.“

entzündet zurecht die Gemüter.

Die Universität ist in dieser Lage am besten ein Ort der wissenschaftlichen Gesellschaftskritik, der solidarischen Assoziierung für Verbesserungen, ein Ausgangspunkt progressiver Bewegung – eben eine Institution, die ganz irdisch und aktuell den „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ praktiziert.

Der Senat fürchtet dies und definiert die Aufgabe der Hochschulen in der Begründung seiner Kürzungsvorhaben so:

„Unsere Hamburger Hochschulen [sechs an der Zahl, die Red.] stellen mit ihren mehr als 11.000 Mitarbeitern, über 75.000 Studierenden und jährlich ca. 160 Mio. Euro Drittmittelinwerbungen mit steigender Tendenz schon heute einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor dar; sie schaffen aber auch ein hohes Potential für neue Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit und stehen damit am Anfang der Wertschöpfungskette.“



Das ist auf besonders einfaltsreiche Weise neoliberales Gewäsch: Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es allen gut und was sich nicht rechnet, soll nicht bleiben, bzw. wird gar nicht zur Kenntnis genommen. Folglich soll das Studierendenwerk jährlich bis zu 10 Mio. Euro Förderung einbüßen (Wohnen und Essen würden erheblich teurer und das Studierendenwerk wür-

de von einer sozialstaatlichen Errungenschaft zu einem Catering-Anbieter unter vielen deformiert). Die Hochschul-Verwaltungen sollen zusammengestutzt werden. Die dringend erforderlichen Mittel für die Rettung

kleiner Fächer, die Hebung der Lehrqualität, die Entlastung der Angestellten, die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Lernenden – alles in allem für ernsthaften, gesellschaftlichen Erkenntnisfortschritt – sollen wir uns abschminken.

Auf diese Weise greifen Maßnahmen wie die allmähliche Schleifung der Volluniversität – die Fächer

Mesoamerikanistik, Skandinavistik, Sprachlehrforschung, Phonetik, Altorientalistik, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte usw. verschwinden oder sind bereits verschwunden –, die „Profilbildung“ nach politischer

Opportunität und Marktgängigkeit der Wissenschaften („Exzellenz“) und die Bedrängung von Museen und Theater ineinander. Dasselbe gilt bei der abfälligen Kürzung von Sozialleistungen, der Erhebung von Studiengebühren und der Drangsalierung des Studierendenwerks.

Konkurrenzverschärfung und Kulturzerstörung sind eine destruktive Einheit und die Folge systematischer und korrupter Umverteilung von Unten nach Oben. Ein Richtungswechsel in Politik, Kultur, Wissenschaft und nicht zuletzt Lebensart der ganzen Bevölkerung muss dringend her.

Unwohlsein in der derzeitigen Gesellschaft ist allzu berechtigt. Es muss artikuliert, analytisch begriffen und für gemeinsames Eingreifen in die gesellschaftliche Entwicklung produktiv gemacht werden. Abstinenz von Politik und der Verzicht auf Verbesserungen für Alle ist bescheiden. Und das Leben ist zu gut dafür, mit Genügsamkeit verschwendet zu werden.

Das sogenannte „Spar“-Paket für die Uni

Zu den Beschlüssen des Senats der Freien und Hansestadt, im nächsten Doppelhaushalt (2011/12) 406 Mio. € und bis zum Jahre 2014 510 Mio. € in den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung wegzukürzen, gehört, dass der Uni Hamburg – entgegen den öffentlichen Verlautbarungen, es werde in die Hochschuletats nicht hineingeschnitten – jährlich rund 12 Mio. € verloren gehen sollen.

Besonders dreist ist die geplante Rücknahme der 2008 vom Senat politisch garantierten Kompensationszahlungen der BWF für die Absenkung der Studiengebühren von 500 € auf 375€ (= jährlich bis 2014 1,64 Mio. €). Zudem soll die Uni nun die Verwaltung der Studiengebührenstundung durch die Wohnungsbaukreditanstalt bezahlen (= jährlich bis 2014 ungefähr 3,4 Mio. €).

Die Studienförderung für ausländische Studierende in Höhe von jährlich 350.000 € soll entfallen. Sozial nicht ganz so blutig, aber dem entsprechend ein erklecklicher Betrag ist die Streichung des Weihnachtsgeldes für höher besoldete Beamten (insb. Profs), die hier rund 2.8 Mio. € ergibt.

Auf Dauer: Schmale Kost

Kürzungen im Fach Geschichte im Überblick (1989-2010)

I. Den HISTORIX gibt es schon etwas länger. In der Ausgabe vom WiSe 1989/90 findet man erfreulicherweise eine Aufstellung des wissenschaftlichen Personals des damaligen Fachbereichs Geschichte. Demzufolge war dieser wie folgt ausgestattet (In der folgenden, stark reduzierten Aufstellung werden ausschließlich die hauptamtlichen Professuren beziffert. Um sie herum gab, bzw. gibt es weitere wissenschaftliche Mitarbeiterstellen, die den genannten Arbeitsbereichen zugeordnet waren bzw. sind.):

1989/90:

Alte Geschichte 4

Schwerpunkt: Christentum im röm. Staat (1), Spätantike (1), Gr./Röm. Antike (2)

Mittelalter 5

Schwerpunkt: Frühes MA(1), Hohes MA(1), Sozialgeschichte (2), vakant (1)

Frühe Neuzeit 4

Schwerpunkt: Sozialgeschichte (1), Dt. Juden/Aufklärung/Arbeiterbewegung (1), Skandinavien (1), Hamburgische Geschichte/Reformation (1)

Neuzeit 4

Schwerpunkt: Neuzeit allg. (1), Zeitgeschichte (1), Sozialgeschichte (1), Internat. Bez. (1)

Außereuropäische Geschichte 4

Schwerpunkt: Nordamerika (1), Lateinamerika (1), Afrika (1), Vorderer Orient (1)

Osteuropa 3

Schwerpunkt: Allg./Südosteuropa (1), MA/NZ/Baltikum (1), NZ inkl. Süd-Ost-Europa (1)

Summe 24

(Quelle: Historix, Ausgabe Wintersemester 1989/90)

II. Die Koalition aus SPD und Statt-Partei unter Hennig Voscherau und mit dem Wissenschaftssenator Leonard Hajen hat 1994 der Universität ein Kürzungsprogramm auferlegt, demzufolge jede zweite freiwerdende Stelle gekappt werden sollte. Aus „Protest“ dagegen ist damals u. a. die Festveranstaltung zum 75. Jubiläum der Universität Hamburg abgeblasen worden (etwas beleidigt). Zwar wurde in der Folge insbesondere studentischer Proteste nicht nach Rassenmählerprinzip gestrichen, aber die Verluste waren erheblich. Im Fachbereich Geschichte sah es 2001, zum Regierungswechsel zur Koalition von CDU/Schill-Partei/FDP wie folgt aus:

2000/01:

Alte Geschichte 3

Schwerpunkt: Gr./Röm. Antike (2), Christentum im röm. Staat (1)

Mittelalter 3

Schwerpunkt: Mentalitätsgeschichte (1), Sozialgeschichte (1), Hohes MA/England (1)

Frühe Neuzeit 1

Schwerpunkt: Dt. Juden/Aufklärung/Arbeiterbewegung (1)

Neuzeit 4

Schwerpunkt: Europäische Integration (1), Zeitgeschichte (1), Sozialgeschichte (1), Neuzeit allg. (1)

Außereuropäische Geschichte 4

Schwerpunkt: Nordamerika (1), Afrika (1), Lateinamerika (1), Vorderer Orient (1)

Osteuropa 2

Schwerpunkt: MA/NZ/Baltikum (1), Mittel-/Osteuropa (1),

Summe 17

Anm.: hinzu kamen noch weitere vier Professuren für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte als Teil des damaligen Fachbereichs Sozialwissenschaften.

(Quelle: Allg. Vorlesungsverzeichnis WiSe 2000/01)

III. Die prononciert rechten Senate seit 2001 haben diese Kürzungspolitik selbstverständlich fortgesetzt. Heute sind am Fachbereich Geschichte folgende Stellen übriggeblieben:

2010/11:

Alte Geschichte 2

Schwerpunkt: Gr./Röm. Geschichte (1), vakant (1)

Mittelalter 3

Schwerpunkt: Mentalitätsgeschichte (1), Sozialgeschichte (1), Hohes MA/England (1)

Frühe Neuzeit 1*

Schwerpunkt: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (1)

Neuzeit 4

Schwerpunkt: Europäische Integration (1), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (1), NZ allg. (1), Zeitgeschichte (1)

Außereuropäische Geschichte 3

Schwerpunkt: Lateinamerika (1), Nordamerika (1), Afrika (1)

Osteuropa 2

Schwerpunkt: Mittel-/Osteuropa (1), Russland/SU (1),

Summe 15

(Quelle: Allg. Vorlesungsverzeichnis WiSe 2010/11)

*Diese Professur gibt es eigentlich nicht mehr wirklich, denn hinter dieser Ziffer verbirgt sich Franklin Kopitzsch, der mit seinem Fach Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis vor einigen Jahren noch dem Fachbereich Sozialwissenschaften angehörte und im Zuge der Kürzungen einfach dem Historischen Seminar zugeschlagen wurde. Allein dieses Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hatte 2001 noch vier „ordentliche“ Professor_innen. Der Studiengang Wirtschafts- und Sozialgeschichte wird nunmehr abgewickelt. Diese Stelle soll laut Struktur- und Entwicklungsplan der Universität (STEP) gänzlich gestrichen werden.

Zur Studienreform: Humanisierung statt Ökonomisierung

„Es ist sinnlos, die „Funktion der Universität“ in Abstraktion von den historischen Umständen zu erörtern, ebenso wie es vergebliche Mühe wäre, wollte man irgendeine andere gesellschaftliche Institution in dieser Weise betrachten.“

Noam Chomsky, „Die Funktion der Universität in einer Zeit der Krise“, 1969.

Die vollkommene Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche hat ihren Zenit weit überschritten, der totale Zugriff der Marktmechanismen auf die Menschen ruft bei diesen nicht mehr nur Angst, Frustration und Anpassung hervor. In den verschiedensten Bereichen formiert sich Widerstand gegen eine real existierende und wütende Wirtschaftstheologie, die wir seit Jahren mit dem Wort Neoliberalismus (eher: Wirtschaftsextremismus) bezeichnen.

Dasselbe gilt für die Universität Hamburg, gilt für systemimmanente Veränderungen der Hochschulstrukturen, wie auch für die Deform des Studiums (in scharfem Kontrast zur bloßen Reform des Studien-„Systems“). Seit der Verschärfung der Proteste gegen Bachelor/Master und gegen die unternehmerische Hochschule inklusive ihres „Managements“ (Präsidium, Hochschulrat), wurde von Seiten „der Politik“ versucht, den Protestierenden und Kritikern durch die Ankündigung minimaler (Neu-)Justierungen einiger Stellschraubchen Sand in die Augen zu streuen: „Darf es etwas mehr Mitsprache und etwas weniger Prüfungsdruck sein?“ Kommissionen und Memorandumgruppen zur Neu-

gestaltung „des Studiums“ (eher: der Struktur) sowie der Mitsprache stellen insofern eine Demokratie- und Wissenschaftssimulation dar, als sie nicht den Kern der gesellschaftlichen Institution Universität berühren wollen und die originären Träger (nämlich die Hochschulangehörigen) kaum beteiligt. Solcherlei Gruppen und Kommissionen („Fokusgruppen“) sind

gen gemeinsam erarbeiten und nachdrücklich artikulieren sollten.

Der Studiosus oeconomicus als Gegenkonzept zum lernenden kritischen Menschen?

Der allgemein verordnete Ökonomisierungsdruck steht auch hinter der Bologna-Reform,

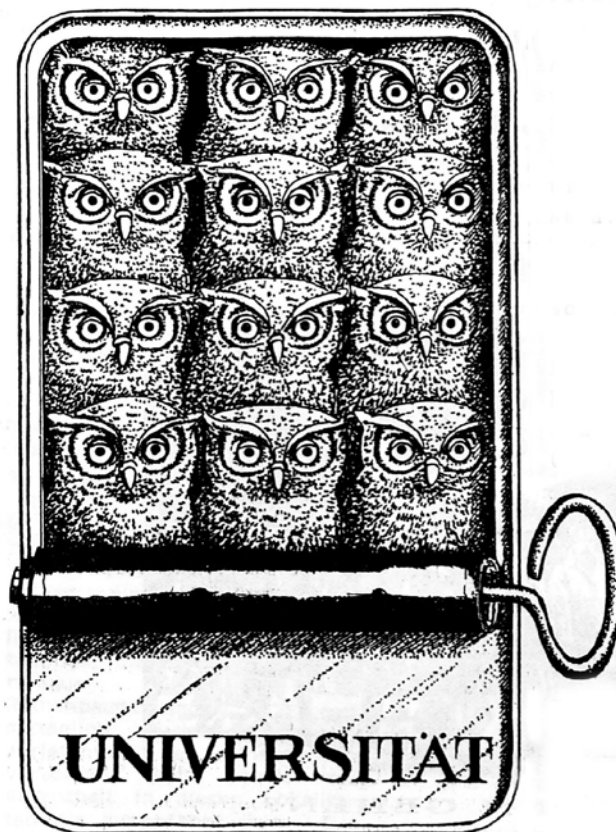
„mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern“.²

Politische und ökonomische Eliten versuchen, die Hochschulen aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu entlassen – oder wie die Bertelsmann-„Stiftung“ sagen würde: „die Hochschule zu entfesseln“ – und sie mit gekürzten Mitteln und erhöhtem Leistungsdruck auf alle Hochschulmitglieder in die Konkurrenz gegen andere Hochschulen zu treiben. Auch der Bildungsinhalt wird somit auf Marktgängigkeit hin versucht auszurichten:

„Das nun in Eigenverantwortung der Hochschulen gemachte Studienangebot wird in einem Maße uniformiert, wie es die rigideste Ministerialbürokratie vorher nicht vermocht hatte.

Der Markt produziert nicht Buntheit und Vielfalt, sondern einen mediokrinen Einheitsbrei“.³

Dabei ist es längst nicht so, als wäre das „Bologna-Studium“ als Konzept ein Novum. Bereits Ende der 1960er Jahre wurden von Seiten des sog. Wissenschaftsrats und einzelnen „Bildungsexperten“ (wie Ralf Dahrendorf in marktliberaler Erwiderung auf Georg Pichts „Bildungskatastrophe“⁴) Pläne⁵ vorgebracht, die Studiendauer auf drei bis maximal fünf Jahre zu begrenzen:



„vollkommen von den Akteuren abhängig, die sie initiieren: Sie wählen die Mitglieder der Gruppe aus, geben die Themen vor und bestimmen das *Procedere*, nach dem diese verhandelt und die Ergebnisse analysiert werden sollen“.¹

Dies ist auch nicht von Wunder. Wunderlich ist hingegen, dass Teile der universitären Bevölkerung nicht realisieren wollen, dass ihre Universität ein gesellschaftlich-politischer Raum ist und dass sie sodann ihre Forderungen an Reformen anhand gemeinwohlorientierter Zielsetzun-

¹ Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008, S. 33.

² Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999 in Bologna, www.bmbf.de/pub/bologna_deu.pdf (7.10.2010).

³ Karl-Heinz Heinemann, McDonaldisierung. Kritische Wissenschaft fällt Bologna zum Opfer, <http://www.studis-online.de/HoPo/art-724-mcdonaldisierung.php> (19.8.2010).

⁴ Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe: Analyse und Dokumentation, Olten 1964.

⁵ Vgl. Wissenschaftsrat (Hg.), Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Tübingen 1966; sowie: Kultusministerium Baden-Württemberg (Hg.), Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg, Villingen 1967.

5. Jahr	„Aufbaustudium“ für besonders Befähigte Abschlussprüfung	Langstudium, Abschluss L (=Lang) 3+1(2) Jahre	Master, 1-2 Jahre (faktisch 2), Durchlässigkeit, ca. 42% (WS 2010/11 Uni HH).
4. Jahr	„Prüfungsphase“	Durchlässigkeit, ca.: 45 %	
3. Jahr	„Normalstudium für alle Studierenden“ – max. 4 Jahre	Abschlussprüfung	Abschlussprüfung
2. Jahr		Zwischenprüfung	Bachelor, 3-4 Jahre (faktisch 3)
1. Jahr		Kurzstudium, Abschluss K (=Kurz), max. 3 Jahre	

„Das Langstudium, orientiert am Modell des gegenwärtigen Studiums (...) soll im Durchschnitt 8 bis 10 Semester dauern, das Kurzstudium hingegen ist als berufspraktisch orientierte Ausbildung gedacht, die in 6 Semestern (3 Jahren) absolviert werden muß“.⁶

Geschichte wiederholt sich insofern, als dass zu verschiedenen Zeitpunkten innerhalb ähnlicher Sozialstrukturen ähnlich gelagerte Handlungsalternativen offen stehen

Vergleicht man die historischen Kontexte der Bundesrepublik der 1960er mit heute, so lassen sich bedeutende Parallelen erkennen: eine tiefe ökonomische Rezession 1966/67 sowie seit 2007/08; die Pläne des Wissenschaftsrats bzw. Dahrendorfs als ökonomischer Zugriff auf die Hochschulen im Sinne einer verwertungskonformen Massenqualifikation sowie Bachelor und Master seit den 2000er Jahren. Wesentlich intensiver als heute wurde die globale kapitalistische Politik und die Funktion von Bildung und Wissenschaft dafür durch die studentische Bewegung seit 1967 in Frage gestellt. Daher war eine weitgehende Durchsetzung sozialer, zivilisierender sowie demokratischer Ziele entgegen den Ökonomisierungsbestrebungen möglich. Die Diplom- und Magisterstudiengänge waren ein erkämpfter Kompromiss zwischen Bildung und Ausbildung, bei dem jedoch die Elemente der selbständigen, gesell-

schaftskritischen und humanistischen Bildung überwogen.

Wo, wie heute, die unkritische Berufsorientierung zu einem markanten Bezugspunkt einer formalen Studienreform wird, nimmt sie zwangsläufig erheblichen Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Studiengänge. Dies wird im schulischen Bereich oftmals mit der populären aber bildungspolitisch fatalen Formel der „Entrümpelung der Lehrpläne“ beschrieben. Selbiges wird auch im hochschulischen Bereich forciert, denn was berufsqualifizierend ist, hängt weniger vom erkenntnisleitenden Interesse der Bildungsbeteiligten ab als von den sog. Arbeitgebern, die bei einer restriktiven Beschäftigungspolitik von der Arbeitsmarktorientierung profitieren möchten.

Die Studienstruktur ist vom Inhalt her zu bestimmen

Die starre Fixierung einer Studienreform alleine auf die strukturelle Ausgestaltung, um ein Studium „studierbar“ [Achtung: Pleonasmus] zu machen, verfehlt daher gehörig den gesellschaftlichen Kern und die positive, zivilisierende Funktion der Bildung in der konkreten gegenwärtigen Welt. So braucht es z. B. mehr und mehr [kein Pleonasmus!] gebildete Menschen, um den realen Fehlentwicklungen in der wissenschaftlich-

technischen Welt (Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko, Millionen Hungernde trotz UN-Millenniumszielsetzungen, volkswirtschaftliche Enteignungen durch Bankenrettungsschirme z. B. für die Hypo Real Estate) Einhalt zu gebieten und humane Entwicklungsperspektiven zu erarbeiten. Für die Geschichte als Wissenschaft zur Erforschung nicht nur des „wie-ge-wordenen“ der historisch-gegenwärtigen Gesellschaftsrealität, sondern auch des „warum-so-gewordenen“ heißt das insbesondere, den sozioökonomischen Horizont in seiner historisch-gegenwärtigen Dimension zu entdecken:

„Einer künftigen Geschichtswissenschaft darf die Vergangenheit nicht mehr als Selbstzweck erscheinen, sondern sie muß die historische Dimension zum Verständnis der Gegenwart heranziehen, als Beitrag zur rationalen und humanen Gestaltung unserer Zukunft“.⁷

Dies ist der Maßstab einer inhaltlich-materiellen Studienreform, die – die Studienstruktur überschreitend – den Kern und die Funktionalität von Bildung und Wissenschaft neu bewertet und die als gesellschaftliche Emanzipationsangelegenheit betrieben werden sollte.

Ungenügend ist es, die Struktur nicht vom Inhalt her zu bestimmen.

Die Umkehr dessen aber kann nur durch die Hochschulangehörigen selbst angegangen werden.

⁶ Stephan Leibfried, Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und in den USA, Frankfurt a. M. 1968, S. 86.

⁷ Immanuel Geiss, Restauration – Stagnation – produktive Krise, in: Immanuel Geiss/Rainer Tamchina (Hg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 1, Regensburg 1974, S.15-23, hier: S. 23.

Was getan werden muss!

„Solange die bewußte gemeinsame Planung menschlicher Lebensverhältnisse unter Beteiligung aller, darin die vielseitige Entfaltung menschlicher Lebensmöglichkeiten, nicht gesellschaftliche Wirklichkeit geworden ist, ist der bewußte solidarische Kampf um die Schaffung einer solchen gesellschaftlichen Wirklichkeit die einzige sinnvolle übergreifende Lebensperspektive. Die gemeinsame Sache, über welche die Menschen verbunden sind, ist hier die sozialistische Perspektive kritischer gesellschaftlicher Praxis: diese Perspektive mündet mit dem Grad ihrer Verwirklichung in die gemeinsame Sache bewußter gesellschaftlicher Lebensgestaltung unter Beteiligung aller ein“
(Klaus Holzkamp, „Sinnliche Erkenntnis“, S. 263)

Die rigoros durchgesetzte Verwertungslogik für den Arbeitsmarkt („Employability“) an den Hochschulen ist seit Jahrzehnten von bestimmten Kreisen (u.a. CHE) mit Bedacht auf den eigenen Vorteil forciert und finanziert worden. Sie fand ihren vorerst letzten Höhepunkt in der flächendeckenden Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, aber auch Studiengebühren sind in diesem Zusammenhang zu sehen.¹ Die seit geraumer Zeit öffentlich diskutierte „Reform der Reform“ ist ausschließlich struktureller Natur und soll die nun existierenden Studiengänge lediglich etwas erträglicher machen. Sie geht am Kern des Problems vorbei (siehe Artikel zur Studienreform, Seite 5f.) – denn ein entfremdeter, aber durchhaltbarer Bachelorstudiengang ist immer noch ein entfremdeter Bachelorstudiengang. Viele Kommiliton_innen haben nach dem Bachelor von der Reglementierung und Oberflächlichkeit so die Nase voll, dass sie nicht weiter machen wollen; viele können es sich nicht leisten, andere bekommen keinen Masterplatz. Der Bachelor wird deshalb auch zurecht „institutionalisierter Studienabbruch“

genannt.

Dennoch, oder aber gerade deswegen, ist eine Einflussnahme auf die „Reform der Reform“ von studentischer Seite unbedingt notwendig! Und dies aus drei Gründen:

Erstens ist eine nicht mehr ganz so bevormundende (Neusprech: studierbare) Studienordnung vor allem eine Vergrößerung der Freiheit der Lernenden an der Universität. Neben einem schlicht weniger stressigem – weil weniger fremdbestimmtem – Studium und damit Leben für die betroffenen Studierenden führt dies in der Konsequenz auch zu einer Vergrößerung ihrer Möglichkeiten, Einfluss auf die Studienbedingungen und die inhaltliche Ausrichtung des Studiums zu nehmen.

Zweitens besteht durch eine Beteiligung an der „Reform der Reform“ die Möglichkeit, dass Studierende die Gremien, in denen um die Ausgestaltung der neuen „alten“ Studienordnungen gerungen wird, als eine Bühne nutzen. Sie können dort in den Austausch mit den anderen Statusgruppen treten und ihre Vorstellungen von Studium, von Forschung und Lehre präsentieren und verteidigen.

Die Studierenden können auch die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte verdeutlichen und aufzeigen, inwieweit sinnvoll nutzbare Kapazitäten und Ressourcen in der Erarbeitung immer neuer „reformierter“ Studienordnungen verschwendet werden. Ebenfalls auf dieser Ebene zu sehen ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Bereits die schlichte Anwesenheit studentischer Vertreter_innen in den Gremien wirkt veröffentlichend: in dem Sinne, dass die Anwesenden einen Verbleib bestimmter Informationen und Vorgänge im geschlossenen Kreis der Eingeweihten nicht mehr einfach so voraussetzen können.

„Auf Studierende kann man sich ja zum Glück nicht verlassen“.²

Drittens ist diese Praxis, die Nutzung der durch die „Reformen“ (wieder) erkämpften Freiheiten und Möglichkeiten für eine solidarische Auseinandersetzung mit und in den festgefahrenen Strukturen der Universität im Allgemeinen und dem Historischen Seminar im Konkreten bereits der Anfang einer Studiensituation zu der wir kommen müssen! Sie wäre Ausdruck einer (Geschichts-) Wissenschaft, die sich öffnet, sozial-kritisch die Gesell-

¹ Vgl. Lieb, Wolfgang: Auslieferung der Universitäten an die Wirtschaft, in: Müller, Albrecht: Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen, München 2009, S. 219-248.

² Pasternack, Peer: Born to be wild. Studierende in der Akademischen Selbstverwaltung, in: Nohr, Barbara (Hg.): Kritischer Ratgeber Wissenschaft Studium Hochschulpolitik, Marburg 2000, S. 199-206, hier S. 206.

Dokumentiert: Resolution der Vollversammlung aller Geschichtsstudierenden vom 19.05.2010

Abschaffung der Anwesenheitspflicht - Wir lernen mit dem Kopf und nicht mit dem Arsch!

Die Fachschaft Geschichte fordert die Lehrenden am Historischen Seminar auf, die Anwesenheitspflicht mit sofortiger Wirkung auszusetzen und noch in diesem Semester für alle Veranstaltungen abzuschaffen.

Die Anwesenheitspflicht ist restriktiv, bevormundend und lernfeindlich. Sie hält Studierende davon ab, sich nach ihren Interessen vertiefend mit Studieninhalten auseinanderzusetzen. Damit hat sie eine Lenkungsfunktion und schadet der Wissenschaft.

Das Lernen hängt von den Studienbedingungen, der Qualität der Didaktik und dem inhaltlichen Interesse - und nicht von der physischen Anwesenheit ab.

Einstimmig angenommen auf der VV am 19.05.2010

schaft analysiert und in sie eingreift, also eine Wissenschaft, die den Anspruch hat, aus der Geschichte Konsequenzen für die Gegenwart zu ziehen und zu fordern.

Konkret heißt dies: Die mit der Entzerrung der Prüfungsfristen und der Verlängerung der Frist für den Nachweis der Sprachkenntnisse errungene größere individuelle Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten MÜSSEN in der kollektiven, solidarischen Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Humanisierungsaufgabe von Bildung und Wissenschaft münden. Sowohl in den (teil-)demokratischen Gremien der Akademischen Selbstverwaltung als auch durch außerparlamentarische Opposition in der Universität, der Stadt und darüber hinaus.

Die erste Forderung für selbständiges wissenschaftliches Arbeiten mündiger Studierender ist die Abschaffung der gängelnden Anwesenheitspflicht, wie auf der letzten Vollversammlung der Geschichtsstudierenden beschlossen (siehe Dokumentiert, S. 6). Dies ist kein befriedigendes Ziel, sondern nur ein Schritt auf dem Weg zur Beseitigung des von der privaten Wirtschaft geforderten und von neoliberalen Technokraten implementierten Ba/Ma-Studiensystems. Gleiches gilt für die erkämpften Änderungen an den fachspezifischen Bestimmungen.

Wer unzufrieden ist mit der Studiensituation und dem Konformismus gegenwärtiger Wissenschaften engagiert sich deshalb am besten im FSR.



*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Es geht weiter... zu den Änderungen der FSB

In diesem Wintersemester treten die überarbeiteten fachspezifischen Bestimmungen in Kraft, die einige Erleichterungen für die Studierenden bedeuten (z. B. eine Streckung der Modulprüfungsfristen). Diese Änderungen sind jedoch immer noch nicht weitgehend genug. Der FSR wird sich weiter für eine Verbesserung der Studienbedingungen einsetzen (was in letzter Konsequenz nur die Abschaffung von BA/MA bedeuten kann). Wir fordern weiterhin:

- die Anwesenheitspflicht abzuschaffen
- ABK abzuschaffen, bzw. durch unser Kompatibilitätsmodell zum Wahlbereich zu ersetzen
- freie Seminarwahl, insbesondere für geschichtsnahen Lehrveranstaltungen zu realisieren und die Möglichkeit, ähnliche Seminare mehrfach besuchen zu können
- die Abschaffung des Lateinzwangs
- die Abschaffung der Begrenzung des Wahlbereichs auf 6 Semester
- die Abschaffung des Prüfungsdogmas für Veranstaltungen, die man mehr als drei Mal besucht
- faktische Aufhebung der Teilnehmerbegrenzung
- Master für alle, Abschaffung des N.c. aus der Masterzulassungsordnung

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Magister soll bleiben!

„Ich möchte Student sein, um mir einmal an Hand einer Wissenschaft langsam klarzumachen, wie das so ist im menschlichen Leben. Denn was das geschlossene Weltbild anbelangt, das uns in der Jugend versagt geblieben ist – dazu komme ich nicht sagen die Leute in den großen Städten gern, und da haben sie sehr recht. Und bleiben ewig draußen, die Zaungäste.“

Kurt Tucholsky, „Ich möchte Student sein“, 1929.

Die Magisterstudiengänge unterscheiden sich von den Bachelor- und Masterstudiengängen dadurch, dass die ersteren dem Erlernen selbständiger,

wissenschaftlicher Arbeit in gesellschaftlicher Verantwortung dienen (was zudem auf eine berufliche Tätigkeit vorbereitet), während die „neuen“ Studiengänge als wesentliches Ziel den Abschluss des Studium definieren: Alles muss raus!

Während das Magisterstudium mindestens formal ein kooperatives, kritisches Lernen mit freier Seminarwahl und Muße für Vertiefungen und Umschau ermöglicht – auch wenn die sozialen Bedingungen und das eher mainstreamige Lehrgeschehen dies behindern – und Zwangsexmatrikulationen nicht vorgesehen sind, ist die „Neuerung“ eine Strangulation lern-

williger Menschen.

Die angeblich veralteten Studiengänge sind ein Kompromiss zwischen möglicher Berufsqualifizierung und gesellschaftskritischer Bildung, der von der studentischen Bewegung insbesondere in den 1960er und 70er Jahren erkämpft wurde. Die streng designten Bachelor-/Masterstudiengänge sind ein politisches Oktroi, das gegen die Universität von einem neoliberalen Wissenschaftssenator (Jörg Dräger, jetzt Manager bei der Bertelsmannstiftung), mit massiven Kürzungen verbunden, durchgezockt wurde. Die klassischen Studiengänge sind deshalb nach Geschichte und Gestal-

tung die bessere Grundlage für eine Studienreform als die Neuen.

Dass die Magisterstudiengänge noch existieren, ist nicht allein von der Gültigkeit ihrer Prüfungsordnungen abhängig, sondern vor allem davon, dass es die Studierenden dazu gibt. Sie werden in den Protesten gegen das Schmalspurstudium häufig vergessen, sind aber von der Dekultivierung durch das „Studium Bolognese“ ebenfalls betroffen.

Noch 7.663 Studierende an der Universität Hamburg sind in Magister/Diplom oder Examensstudiengängen eingeschrieben. In der Geschichte als Hauptfach sind es immer noch rund 70 Studierende, obwohl hier das deformierende Bologna-Modell vergleichsweise früh eingeführt wurde. (Dazu kommen Studierende verwandter Fächer wie der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Klassischen Philologie oder Byzantinistik.)

Gerne wird der Eindruck erweckt, die nicht bachelorisierten Studierenden gehörten zum alten Eisen. Allerdings sind sie wesentliches Potential einer nonkonformen, solidarischen und kritischen Lebens- und Arbeitsweise für gesellschaftlich sinnvolle Bildung und Wissenschaft.

Einen Zwang, die Universität zu verlassen, gibt es nicht: eine Kleine Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 19/7020, 19.08.2010) hat ergeben, dass Wissenschaftsbehörde und Universitäts-

Hilfe, Hilfe! Keine Panik!

Für die Studiengänge Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Griechische und Lateinische Philologie auf Magister (Haupt- und Nebenfach) muss zwar ab WiSe 2011/12 kein spezielles Lehrangebot bereit gehalten werden, Prüfungsrecht und Recht zur Teilnahme an ähnlichen Veranstaltungen der neuen Studiengänge bleiben aber erhalten.

Die entsprechenden Lehramtsstudiengänge „alter Ordnung“ laufen zum WiSe 2013/14 aus.

Solidarische Engagement festigt und erweitert diese Rechte.

verwaltung – rechtlich gebunden – davon ausgehen, dass mit Auslaufen der guten Studiengänge in den nächsten Semestern nur das Lehrangebot nicht mehr von der Uni verpflichtend vorgehalten werden muss. Das Recht, geprüft zu werden, bleibt erhalten. Auch sollen die Studierenden sich

an äquivalenten Lehrveranstaltungen des Ba/Ma-Systems beteiligen können. Das ist ein erkämpftes Recht, das allerdings solidarisch befestigt und erweitert werden muss: durch Beteiligung an den Protesten gegen das Ba/Ma-System, den Kampf für eine Studienreform auf Basis der klassischen Studiengänge und vor allem dadurch, dass die im gesellschaftlichen Vergleich eher argumentative, kritische und solidarische Kultur der Universität als Quelle gesellschaftlicher Opposition belebt und weiterentwickelt wird, anstatt sich vereinzeln zu lassen und den Modernitäts- und Konformitätsdogmen der Zeit zu beugen.

Selbst die gestriegelten Technischen Universitäten bemühen sich bereits darum, das Ingenieurs-Diplom wieder einzuführen und BA und MA abzuschaffen. Dass alles so bescheiden bleibt, wie es ist, ist also wie immer kein Sachzwang. Kritische Geisteswissenschaften sollten denen also um nichts nachstehen.

Wir laden deshalb auch alle Studierenden „nach alter Ordnung“ ein, die im Zweifel sind, wie es weiter geht, zum Fachschaftsrat zu kommen, sich mit uns darüber zu beraten und zu engagieren.

Promotion Bolognese

Der Fakultätsrat Geisteswissenschaften hat am 7. Juli 2010 eine neue Promotionsordnung beschlossen, die in ihrer Grundtendenz den Weg der Promotion nach „Bologna“ öffnet. Kritikwürdig dabei sind erstens das Verfahren, mit dem (auch in der MIN- und WiSo-Fakultät) das Promotionsstudium gemäß „Top-Down-Prinzip“ neu geregelt werden soll, und zweitens die Bestandteile der Ordnung.

So wurde durch „inner-circle“-Verhandlungen zwischen der Präsidialverwaltung der Universität und den einzelnen Fakultäts-Prodekanen für Forschung eine Rahmenpromotionsordnung ausgetüftelt, welche sodann von den Prodekanen durch die Fakultätsräte zu prügeln war. Dies lässt sich naturgemäß nicht immer ohne Widerstand praktizieren. Auf der ersten Sitzung des Ausschusses für Lehre und Studium unserer Fakultät gab es

ob des Verfahrens (die Vorlage wurde zwei Tage vorher erst versandt) und des Inhalts des Entwurfs scharfe Kritik seitens studentischer Vertreter und akademischem Mittelbau. Worum geht es?

Besonders strittig sind das harte Selektionskriterium rein nach Note sowie die Regelbearbeitungszeit von drei Jahren, die fernab jeder Erfahrung und Realität von Dissertationsvorhaben ist und damit die „Bolognaisierung“ der Promotion vorbereiten soll.

Die Selektion rein nach Note (hier 2,0) bei Promotionsvorhaben ist vor dem Hintergrund von Bachelor- und Masterstudiengängen mit ihrem „Zwang zur Benotung“ eine besonders restriktive Hürde. So kann die Promotionsmöglichkeit bereits zu Beginn des Bachelor-Studiums erschwert sein, wenn Studierende im „Nato-Draht der

Prüfungen“ (Wolf-Dieter Narr) hängen bleiben; womit selbstverständlich schon ein Masterstudium in weite Ferne rückt. Jegliche Ausnahmetatbestände, meistens unter dem Tenor, dass die „bisherigen wissenschaftlichen Leistungen des Bewerbers eine erfolgreiche Promotion erwarten lassen“ (so in den bisherigen Promotionsordnungen verankert) müssen, sollen getilgt werden. Eng verbunden damit ist eine sublimale Form des Misstrauens gegenüber Professorinnen und Professoren, was ihre Beurteilungsfähigkeit von zukünftigen Doktorandinnen und Doktoranden anbelangt.

Die Regelbearbeitungszeit von drei Jahren wird vom Dekanat als absolut unstrittig angesehen, obwohl es erhebliche Einwände seitens Studierender und akademischem Mittelbau dagegen gibt. Solange die Regelbearbeitungszeit als theoretischer Richt-

wert galt, hatte ihre Überschreitung keinerlei Folgen. Gemäß dem Entwurf soll nun die Regelbearbeitungszeit von einem Richtwert zu einer quasi-Regelstudienzeit analog des Bachelor-/Mastersystems umfunktioniert werden. Wenn die Promovierenden davon ausgehen (und dies ist bisher die Regel), dass sie über die drei Jahre hinaus an ihrer Dissertation arbeiten werden, so haben sie dies bereits vor Ablauf der drei Jahre dem Promotionsausschuss anzuzeigen, welcher dann „im Einvernehmen“ mit der betreuenden Person über eine Verlängerung entscheidet. Diese Reglementierung und Drangsalierung, die die individuellen Lebensläufe (Erwerbstätigkeit, Krankheit, Kindererziehung) erst mal außer Acht lässt, ist genau wie die Selektion nach Note aus einem Blickwinkel logisch: So wird eine längere (drangsalierende) Regelbearbeitungszeit von bspw. fünf Jahren bzw. gar der Verzicht darauf explizit als Konkurrenznachteil bei Anträgen für drittmittelfinanzierte Graduiertenschulen (so vor allem durch die DFG) aufgefasst. Auch hier dominiert also der Wunsch eines abgehobenen Hochschulmanagements, rasch zu ökonomisch verwertbaren Forschungsergebnissen bzw. Absolventen zu kommen, die sogenannte Reform.

Von der „Qualität“ (besser Bedeutung) der wissenschaftlichen Erkenntnis und einer daraus abgeleiteten Notwendigkeit größtmöglicher Freiheit im Dissertations- (also Forschungs-)vorhaben wird ausdrücklich nicht geredet.

Das Ganze soll dann noch dadurch abgerundet werden, dass Promotionsverfahren nach acht Jahren „automatisch“ enden sollen und Promovierende eine erneute Aufnahme des Verfahrens selbst anstrengen müssen. Eine Promotionsordnung dieser „Qualität“ beinhaltet folgende globale Zielsetzungen:

- Eine straffe Selektion der Bewerberinnen und Bewerber rein nach dem formalen (und selbst umstrittenen) Instrument der Zensur.
- Einen straffen Durchlauf der Promovierenden über einen verbindlichen 3-Jahres-Zyklus (vulgo: Regelbearbeitungszeit) – Ausnahmen davon bedürfen der zentralen Zustimmung.
- Eine Zurichtung der Fakultäten im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit „ihrer“ Promovierenden.
- Einen Vorrang betriebswirtschaftlicher „Produktkennziffern“ (z. B. Promovierte pro Professor, Durchschnittsdauer Promotion pro Fakultät) vor der Förderung wissenschaftlichen Erkenntnisfähigkeit und vor der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Relevanz der Forschungsergebnisse.

Über all diesen einzelnen Zielsetzungen liegt das Dach der Marktgängigkeit der Promotion und der Promovierenden, gemäß derer sich die vermeintlich „Besten der Besten“ (Selektion nach Note) möglichst effizient (Regelbearbeitungszeit) auf dem Arbeitsmarkt werfen sollen. Die wissenschaftlich verheerende Wirkung ist dabei zu offenkundig. Forschungsleistungen sind dadurch zur

Mittelmäßigkeit degradiert, dass komplexe und zeitintensive Vorhaben – die möglicherweise herrschende Meinungen erschüttern könnten und/oder neues Forschungsterrain betreten wollen – dem Effizienzhammer zum Opfer fallen sollen. An Graduiertenschulen sollen die Promovierenden sodann Pflichtveranstaltungen besuchen und Leistungsnachweise erbringen – im schlimmsten Falle noch in modularisierter Form. Die bisherige Art der Promotion soll durch die Existenz einer solchen „Exzellenz-Schule“ zweitklassig werden. Eine Promotionsordnung dergestalt erfüllt sozusagen eine Doppelfunktion, die erstens in einer sozialen Bedrängung der Promovierenden durch die Perpetuierung eines gescheiterten Studiensystems (Bologna) im Bereich der Promotion besteht, und zweitens durch die damit verbundene Verdammnis zu wissenschaftlichem Mittelmaß (und damit potentieller Bedeutungslosigkeit) durch die zeitliche und organisatorische (also strukturelle) Lenkung der Promotion durch Graduiertenkollegs und Regelbearbeitungszeit. „Bologna“ traf auf die Realität und muss nun dringendst wieder überwunden werden. Die Promotion à la Bolognese ist schon im Ansatz ein akademisches und humanistisches Fiasko und sollte schnellstens beerdigt werden. Die Promotion hat eine Studien- und vor allem Forschungsphase mit größtmöglicher Freiheit der Wahl von Gegenstand, Theorie, Methodik und auch zeitlicher Orientierung zu sein, damit Erkenntnis mit humanisierendem Impetus gelingt.

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Alte Geschichte

Nachdem die vakante Professur für Alte Geschichte (Nachfolge Christoph Schäfer) ausgeschrieben wurde und im April 2010 die Berufungsvorträge stattgefunden hatten, hat sich die Situation im Arbeitsbereich Alte Geschichte bisher nicht verbessert. Kurzfristig konnte mit Herrn PD Dr. Michael Rathmann eine Vertretung für das Wintersemester gefunden werden, das Lehrangebot in der Antike ist durch die Beurlaubung von Frau Dr. Sabine Panzram zwecks Forschungstätigkeit jedoch stark eingeschränkt. Eine Einführungsveranstaltung in Alter Geschichte findet so z.B. in diesem Semester nicht statt. Es kann, ja es muss, besser werden.

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Afrikanische Geschichte

Zum 1.8.2010 hat Herr Prof. Dr. Jürgen Zimmerer die Professur für Afrikanische Geschichte (Nachfolge Andreas Eckert) angetreten. Die Stelle war seit April 2007 vakant. Wir begrüßen Herrn Zimmerer herzlich am Historischen Seminar und sind gespannt auf eine produktive Zusammenarbeit!

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Wo aktiv werden an der Uni?

An der Universität gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, um sich an der solidarischen Umgestaltung des Studiums, der Universität und somit auch der Gesellschaft zu beteiligen. Wir stellen euch hier die bedeutsamsten vor.

Der Fachschaftsrat (FSR)

Der FSR Geschichte ist die gewählte Interessenvertretung der Geschichtsstudierenden. Der FSR schlägt die studentischen VertreterInnen in den Gremien des Fachbereichs Geschichte vor und engagiert sich auch in der Fakultät für Geisteswissenschaften. Auf diese Weise können die Studierenden an den akademischen und (tages-)politischen Entscheidungen kritisch teilhaben. Durch die Arbeit des FSR ist es möglich, die spezifischen Studienbedingungen und die Entwicklungsrichtung der Universität aktiv mitzugestalten und zum Besseren zu verändern! Der FSR ist auch Ansprechpartner bei Fragen und Problemen, z. B. zu BA, Sprachvoraussetzungen, drohender Exmatrikulation oder Problemen mit Lehrenden. Der FSR wird jedes Semester neu auf einer Vollversammlung aller Geschichtsstudierenden gewählt. Dabei

Fachschaftsrat Geschichte
Jeden Mittwoch, 18 Uhr
Café Schweinebucht, Raum 973
<http://fsrgeschichte.blogspot.de/>
Kontakt: fsrgeschichte@gmx.de

haben alle aktives und passives Wahlrecht. Komm doch beim nächsten Mal auch vorbei und beteilige Dich an der Wahl, stell' Fragen, äußere Kritik und Anregungen, bring Dich ein. Du kannst auch unsere wöchentlichen Sitzungen besuchen.

Im Historischen Seminar arbeiten wir derzeit vor allem an einer zügigen Milderung des eigentlich abschaffungswürdigen Bachelor-/Master-systems. Außerdem organisieren wir jährlich die Orientierungseinheit. Wir unterstützen regelmäßig die Aktionen des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und der Hamburger Friedensbewegung. Unsere Aktivitäten

zur Hochschuldemokratisierung, zur Studienreform im Kampf für Gebührenfreiheit und gegen neoliberale und rechte Ideologie und Praxis innerhalb und außerhalb der Universität koordinieren wir mit anderen Fachschafts-räten in der Fachschafts-rätekonferenz (FSRK).

Das Studierendenparlament (StuPa)

Das Studierendenparlament ist das uniweite gewählte Gremium aller Studierender. Die Wahlen finden jedes Wintersemester zwischen Anfang Dezember und Mitte Januar statt. Das StuPa wählt den Allgemeinen Studierendenausschuss (ASTa) und beschließt – jedenfalls in der Regel – dessen programmatische Grundsätze sowie auf jeden Fall den Haushalt der Verfassten Studierendenschaft, also der Gesamtheit aller Studierenden der Universität. Es nimmt auch zu Einzel-fragen Stellung, zum Beispiel im letzten Jahr zur notwendigen Demokratisierung der Universität, Abschaffung von Studiengebühren, zur Kontroverse um die Uni-Leitung.

Das Studierendenparlament arbeitet mit einem Ausschuss auch regelmäßig gegen Rechts, insbesondere gegen die elitären, antidemokratischen und zuweilen offen faschistischen Burschenschaften und studentischen Verbindungen.

Es tagt mindestens alle vier Wochen Donnerstags um 18 Uhr im Hörsaal des PI (VMP 8) und ist für alle Studierenden offen. Alle haben Rederecht. Nähere Informationen unter: <http://www.stupa-hh.de/>

Hochschulpolitische Listen

Hochschulpolitische Listen sind mehr oder weniger regelmäßig arbeitende politische Zusammenschlüsse von Studierenden, die in der Regel auch zu den Wahlen zum Studierendenparlament antreten. Dem progressiven Lager sind die Liste LINKS (nahe der Partei Die LINKE), harte zeiten/ junge sozialisten (SPD-Linke), das FachSchaftsBündnis und Die LINKE.SDS (ursprünglich aus der nun an die Uni angegliederte Hochschule für

Wirtschaft und Politik, HWP) zuzu-rechnen.

Das libertäre Spektrum kann sich mit dem „Regenbogen“ vertreten sehen. Die gemäßigte Realpolitik wird vom parteinahen „CampusGrün“ bestritten; die mehrheitssozialdemokratische „Realpolitik“ machen die „Jusos“.

Rechts dieses Spektrums bewegt sich die FDP-nahe liberale Hochschulgruppe sowie der rechtskonservative RCDS. Dazu gibt es noch karriere- und klientel-fixierte Fakultätslisten wie „WiWi“, „Jura“ und „Medizin“. Die Listen „GeiWiss“ und „EPB“ gehören ebenfalls zu diesen kulturell konformen und pseudo-aktiven Tarnlisten.

Allgemeiner Studierendenausschuss (ASTa)

Der derzeitige ASTa wird aus den Listen „Jusos“, LHG, wiwi, Medi, Jura „GeiWiss“ und EPB gebildet. Diese rechtsliberale Gewichtung hat zur Folge, dass Kernaufgaben des ASTa – z. B. der Kampf für Gebührenfreiheit und für das politische Mandat der Studierendenschaft, internationale (Studenten-)Solidarität, Aufklärungsarbeit gegen Rechts, kritische studentische Kultur und die Kooperation mit anderen progressiven Kräften außerparlamentarischer Opposition – so gut wie gar nicht stattfindet. Allein gegen Studiengebühren sind zuweilen Statements zu hören; es findet noch rudimentär eine Sozial- und Rechtsberatung im ASTa statt, die unbedingt bei Bedarf in Anspruch genommen werden sollte. Weiterhin gibt es eine Vielzahl kommerzieller Kulturangebote.

Der ASTa wird durch das im Dez./Jan. von der studentischen Basis neu zu wählende Studierendenparlament (StuPa) im April 2011 neu gewählt.

Näheres unter:

<http://www.asta-uhh.de/5.0.html>

Akademischer Senat (AS)

Der Akademische Senat ist das höchste verbliebene Gremium der akademischen Selbstverwaltung, also jener Uni-Gremien, die nicht

nur durch Studierende, sondern auch durch Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Technisches und Verwaltungspersonal (TVP) besetzt werden. Im AS haben die Profs eine absolute Mehrheit.

Aufgrund langjähriger Engagements kritischer Studierender gelingt es dort jedoch oftmals, weitreichende vernünftige Positionierungen

z. B. für Gebührenfreiheit, zum Gedenken an die Reichspogromnacht, zur gesellschaftlichen Verantwortung

der Wissenschaften und zur demokratischen Studienreform durchzusetzen. Allerdings muss in nächster Zeit dafür das Gewicht des AS gegenüber dem durch neuere

Gesetzgebung übermächtigen Präsidium und dem wirtschaftsnahen, externen Hochschulrat, dessen zentrale Aufgabe laut Uni „die strategische Steuerung der Hochschule“

ist, wieder gestärkt werden. Dafür ist eine hohe studentische Wahlbeteiligung immer hilfreich. Der AS wird

immer im Dez./Jan. per Briefwahl gewählt. Zu den Wahlen treten in der Regel Listenverbindungen der o. g. Hochschulpolitischen Listen an.

Fakultätsräte

Jede Fakultät (Jura, Medizin, WiSo, GeistWiss, ErzWiss/Psych/Sport, MIN) hat einen Fakultätsrat. In seiner Funktion und Zusammensetzung entspricht er dem o. g. Akademischen Senat. Hier liegen aber zusätzlich die Kompetenzen für die Rahmenprüfungsordnungen der jeweiligen Fakultät, die Berufungen und die fachbezogenen Ausschüsse sowie die Mittelverteilung. Die Wahlen finden jedes Jahr im Juli per Briefwahl statt. Die Sitzungen des AS und der Fakultätsräte sind hochschulöffentlich.

Vollversammlung aller Geschichtsstudierenden:

**Mittwoch
10. November 2010
um 14 Uhr
in Raum 972**

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

Zur Abwechslung etwas Erfreuliches aus dem Hauptgebäude: Am 16. September 2010 hat Herr Prof. Dr. Rainer Nicolaysen die Leitung der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte in der Nachfolge ihres Gründers Eckart Krause übernommen. Die Arbeitsstelle ist ein wesentliches Ergebnis der Aufarbeitung der Geschichte der Uni Hamburg im Faschismus und ist zugleich eine Aufforderung, sich kritisch und aufklärend (gerade heute!) mit der eigenen Institution zu befassen, denn „ihre Bedeutung für Hamburg und für die Welt verlangen es, ihre Würde zu achten“ (Peter Fischer-Appelt). Wir wünschen viel Freude und produktive Muße!

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Hamburger Lehrpreis 2010: Für Geschichtsbewusstsein

Der Lehrpreis 2010 für die Geisteswissenschaftliche Fakultät wurde an Rainer Nicolaysen verliehen, der zusammen mit den engagierten Studierenden des Hauptseminars „90 Jahre Universität Hamburg. Aspekte Hamburger Hochschulgeschichte seit 1919“ die Entwicklung der Universität von ihren Anfängen in ihrer wechselvollen Geschichte erarbeitete. Gerade in der Widersprüchlichkeit zwischen Aufklärung und Barbarei, zwischen Mitgliederuniversität und „ständischer Ordnung“ sowie zwischen Allgemeinwohlorientierung und Ökonomisierung wurde die Bedeutung der Universität Hamburg im Grindel deutlich. Dafür ein Lehrpreis aus der Hand der Wissenschaftssenatorin Gundelach (CDU), das gehört wohl zur Ironie der neuesten Geschichte. Gratulation!

*** Neuigkeiten aus dem Fachbereich *** Neuigkeiten aus dem Fachbereich ***

Impressum:

Herausgeber: Fachschaftsrat Geschichte der Universität Hamburg

Layout: Kolja Griebner, Felix Lepetit, Nicolli Povijač, Sascha Schultz

Mitwirkende: Nicolli Povijač (V.i.S.d.P.), Kolja Griebner, Marc-Simon Lengowski, Felix Lepetit, Miriam Lügering, Sascha Schultz, Golnar Sepehrnia, Johanna Wellmann

Titelbild (diese und letzte Ausgabe): Brady Kevin Lorentzon

Bildnachweis:

Birgit Bachmayer

<http://membres.multimania.fr/mai68/affiches/affiches.htm>

<http://www.flickr.com/photos/blogchef/>

<http://www.gebuehrenfreiheit.de>

Druck: Print und Copyhaus GmbH

Auflage: 500

Unverzichtbar: Gebührenfreiheit

„Sorgenvoll betrachten wir außerdem die Abstriche bei den Studiengebühren, welche den Dienstleistungscharakter und den finanziellen Spielraum der Hochschulen schwächen.“

Karl-Joachim Dreyer, Präses der Handelskammer Hamburg zum Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün 2008.

Seit der ehemalige Wissenschaftssenator Jörg Dräger (in einer Koalition mit der Schill-Partei) die Einführung von Studiengebühren im Jahre 2002 ankündigte – er wollte zunächst 2.500 Euro pro Semester nehmen –, haben Studierende für die Gebührenfreiheit des Studiums gekämpft. Der Boykott der 2004 erstmals erhobenen Gebühren à 500 Euro hat erbracht, dass eine parlamentarische Mehrheit aus Die LINKE, SPD und GAL bei den Bürgerschaftswahlen 2008 zustande kam, die sämtlich die Abschaffung der Gebühren im Wahlkampf versprochen hatte.

Was dann kam, war irgendwie anders. Denn die Grünen wollten unbedingt mitregieren und haben dafür die leicht durchsetzbare Gebührenfreiheit als politisches Ziel verkauft. Ergebnis war, dass die Studiengebühren auf 375 Euro abgesenkt wurden. Sie können nun nachgelagert, also nach Ablauf der Regelstudienzeit plus zwei Semester gezahlt werden. Wer die Gebühr nach Ablauf der Stundung nicht zahlen kann, muss einen verzinsten Kredit aufnehmen. Die Gebühren müssen zwar „erst“ ab einem Einkommen von 30.000 Euro pro Jahr zurückgezahlt werden; die „Schuld“ verfällt allerdings erst nach Jahrzehnten.

Für diesen großartigen Kompromiss hat die GAL auch folgenden Verschlechterungen zugestimmt: Die Gebühren sind nun auch von chronisch Kranken und von Studierenden mit Kind zu bezahlen, die Möglichkeit der Befreiung bzw. der verlängerten Stundung wegen Tätigkeit in Gremien ist von den Oberdemokraten mit abgeschafft worden.

33 Millionen Euro bringen die von knapsenden Studierenden und ihren

Eltern aufgebrauchten Gebühren pro Jahr den sechs staatlichen Hochschulen insgesamt. Zum Vergleich: Allein für das Architekturbüro, das das Dekadenforum Elbphilharmonie gestaltet, sind bisher 58 Millionen

Euro verschleudert worden – obwohl es in Hamburg an Hotels, Konzerthallen, Parkhäusern und Shoppingpassagen (das alles soll „Elbphilharmonie“ sein) nicht mangelt.

Was im staatlichen Haushalt durch vernünftige Steuern auf große Vermögen und die Beendigung der Verschwendung leicht zu kompensieren wäre, ist für die Zahlenden eine erhebliche Zumutung. Mit dem sozialen Druck soll das auch mit Ba/Ma eingeforderte Schnell- und Brav-Studium durchgesetzt werden, dass sich die Handelskammer zur Befriedigung ihres Bedarfs an unkritischen und just-in-time bereitstehenden akademischen Facharbeiter wünscht. Sie liegen dann geschmeidiger in der

Gewinnkurve der Unternehmen. So dumpf und asozial ist Kapitalpolitik. Und so dysfunktional, denn selbstver-

ständig sind die Studierendenzahlen nur noch minimal angestiegen, weil die Befürchtung beschuld und verschuldet zu werden begründet wächst. Studiengebühren schrecken weiterhin vom Studium ab. Bildung für Alle ist eine notwendige Bedingung für eine demokratische, solidarische und friedliche Gesellschaft und sinnvolle Arbeit. Sie muss dafür sozial unbe-

drängt und ohne kulturelle Restriktionen sein.

Stundung der Studiengebühren in der Regelstudienzeit plus 2 Semester: Das sollten alle tun und sich im Zweifel das Geld auf die hohe Kante legen. Was nicht gezahlt wird, dient nicht zur Legitimation der Gebühren und muss bei erfolgreichen sozialen Kämpfen vielleicht niemals bezahlt werden.

Die Kampagne „Für gebührenfreies Studium“ hat deshalb stadtweit bisher 33.000 Unterschriften gesammelt, um den Druck auf den schwarz-grünen Senat zu erhöhen, abzutreten oder mindestens die Gebühren abzuschaffen, wenn demnächst das Hamburgische Hochschulgesetz novelliert wird. Jetzt fügt sich



„Gefangene befassen sich mit der Befreiung.“
Bertolt Brecht, „Me-ti/Buch der Wendungen“, um 1935

dieses Engagement in die Bewegung gegen die ignorante Kürzungspolitik der Landesregierung ein.

Die Studiengebühren als Gängelung gegen die Entfaltung engagierter, solidarischer und mündiger Menschen sind zum praktischen Symbol der Entwicklungskontroverse der ganzen Gesellschaft geworden:

Emanzipation oder Verfall?

Es gibt nur eine vernünftige Antwort darauf.

By the way: Hessen, NRW und das Saarland haben die Studiengebühren bereits ganz oder teilweise zurückgenommen. Hamburg sollte zügig nachfolgen.

Mehr Informationen:

<http://www.guebuehrenfreiheit.de>

Uni bleibt.

„Die Obsession, mit der die Götter der Stadtplanung dieses Projekt eines neuen Himmels und einer neuen Erde vorantreiben, „Siehe, ich mache alles neu“, wird in ihrer Intensität nur übertroffen von dem Ausmaß der Nichtachtung aller Umstände, der positiven wie der negativen, die diesem keineswegs gut gemeinten Vorhaben entgegenstehen.“¹

Peter Fischer-Appelt, Präsident der Universität Hamburg 1970-91

Die Verlagerung der Universität Hamburg aus ihrem historisch-politisch gewachsenen und gewordenen Umfeld in Eimsbüttel auf die „schlickgefüllte Marschinsel“ (Fischer-Appelt) Kleiner Grasbrook ist gescheitert. Das penetrant-ideologische Projekt der (immer noch) Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach (CDU) und der (nicht mehr) Uni-Präsidentin

Monika Auweter-Kurtz fand seit der ersten Verlagerungsbekundung im Juli 2008 immer weniger Fürsprache. Selbst Teile der CDU-Fraktion und die sonst so mit der CDU fraternisierende Hamburger Handelskammer wandten sich schlussendlich mehr oder weniger entschieden gegen die Verlagerungspläne. Wie war es dazu gekommen?

Im Juli 2008 wurde die zweifellos sanierungsbedürftige Substanz einiger universitärer Gebäude in Eimsbüttel (so das Geomatikum und der Philosophenturm) zum Vorwand genommen, offen über einen kompletten Neubau der Universität im Hamburger Hafen, unweit der kostenintensiven Hamburger Legoland-Variante Hafen City, nachzudenken. Über die vorhandene Unzufriedenheit mit der baulichen Situation und der räumlichen Enge an der Universität wurde versucht, die Geschichte der Hamburger Universität gleich mit im Fahrwasser der post-modernen Glas- und Betonpaläste zu

ertränken.

Das geschichtliche Erbe der Uni – ihre demokratische Gründung durch das Hamburger Landesparlament 1919,

die kurze liberal-demokratische Blütezeit in der Weimarer Republik, die Selbstgleichschaltung 1933, die Verfolgung von Studierenden, Mitarbeitern und Professoren aus „rassischen“ und politischen Gründen,



der Zusammenbruch 1945 und der mühevolle Wiederaufbau, die gesellschaftliche Aufbruchphase in Folge sozialer Kämpfe seit den 1960ern, die antifaschistisch-demokratisch begründete NS-Aufarbeitung durch die Uni-Angehörigen selbst, die soziale Öffnung und die kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft –

sollte einer Dauerbaustelle ohne finanziellem und zeitlichem Ende weichen, die geschichtlichen Erfahrungen verdrängt werden. Dem wurde eine breite Front unterschiedlich begründeter Opposition entgegengesetzt. Während die Hafenvirtschaft ihr räumliches Wachstum durch den „Fremdkörper“ im Hafengebiet gefährdet sah, wurde aus Universität und Stadtteil historisch-soziologisch gegen den geplanten Raubbau an Bildung, Wissenschaft und Forschung vorgegangen. Über 23.000 Unterschriften wurden von Aktiven aus der Uni und

den vielen Anliegern im Grindelviertel (so u. a. Copy shops, Apotheken, Restaurants) mit der Kampagne „Uni bleibt“ gesammelt und periodisch dem Wissenschaftsausschuss der Bürgerschaft übergeben. In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses am 28.4.2009 im Ernst-Cassirer-Hörsaal des Hauptgebäudes plädierten Anwohner und Uni-Angehörige engagiert und beherzt für den Verbleib und Ausbau im Grindel. Dies interessierte die Senatorin Gundelach

(und ihre Behörde) in ihrer merkantil-autoritären Bräsigkeit bis zuletzt nicht, als bereits Spaltungerscheinungen in Fraktion und Senat sich offen sichtbar abzeichneten. Beendet wurde dieser stadtentwicklungspolitische Irrsinn durch ein haushaltspolitisches Basta des damaligen Ersten Bürgermeisters Ole von Beust. Sicherlich sind finanzielle Erwägungen mit ein Grund für das Scheitern; so wären die von der Behörde veranschlagten vier Milliarden € für eine Kompletterverlagerung mit Sicherheit erst der Anfang eines finanziellen Armageddons auf Raten gewesen. Das Bahn-Projekt „Stuttgart 21“ lässt unfreundlich grüßen. Erfreulich und substanziell hingegen ist, dass wesentlich für das Scheitern der breite Widerstand und die Bewegung der parlamentarischen durch die außerparlamentarische Opposition sind. Die Verlagerung ist vom Tisch, jetzt geht es für alle darum, geschichtsbewusst den Um- und Ausbau in Eimsbüttel voranzubringen.

Die zuletzt überparteiliche Erkenntnis beispielsweise, dass dies unter Nutzung der „Alten Post“ (Baujahr 1907) in der Schlüterstraße – als dritter baugeschichtlicher Fixpunkt nach dem Hauptgebäude und dem „Pferdestall“ am Allendeplatz – geschehen muss, ist ein positiver Indikator.

An vernünftigen baulichen Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Universität in Eimsbüttel mangelt es nicht.

¹ Statement bei der Expertenanhörung zur Uni-Verlagerung im Wissenschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft bei der Einleitung seines Gutachtens, 16.2.2010.

Literaturtipps:

- 1) Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hgg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich“: Die Hamburger Universität 1933-1945, 3 Bände, Berlin/Hamburg 1991.
- 2) Michael Holtmann, Die Universität Hamburg in ihrer Stadt: Bauten, Orte und Visionen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, unter Mitarb. v. Eckart Krause, Hamburg 2009.
- 3) Jürgen Lüthje (Hg.), Universität im Herzen der Stadt. Eine Festschrift für Dr. Hannelore und Prof. Dr. Helmut Greve, Hamburg 2002.

Resumée der Veranstaltungsreihe des FSR

„Oft waren es erst Studentenproteste, die politische Ereignisse, zu innenpolitischem Hausgebrauch als Konsumwaren abgepackt, in die theoretische Perspektive hereingerückt haben, ohne die sie als politische Ereignisse gar nicht begriffen werden können.“

Jürgen Habermas, Rede über die politische Rolle der Studentenschaft in der Bundesrepublik (1967), in: Ders., Protestbewegung und Hochschul-

REFORMES



CHLOROFORME

reform, Frankfurt am Main 1969, S. 137-146, hier: S. 140.

Der Fachschaftsrat Geschichte veranstaltete im Sommersemester 2010 eine Vortragsreihe zu der wesentlichen Kontroverse im Hinblick auf die 1968er-Bewegung: Ging es den Trägern der Bewegung um eine Modernisierung unter kapitalistischen Vorzeichen oder um eine umfassende soziale Emanzipation? Und was kam dabei heraus?

Zweifellos ist die Bewegung der treibende Motor einer gesellschaftlichen Liberalisierungswelle, die viele Le-

bensbereiche erfasste und politisierte. Sie jedoch rein auf stabilisierende, modernistische Reformen zu beschränken erscheint vor ihrem weltpolitischen Verantwortungsbewusstsein mehr als unangebracht. Diskutiert wurden in den Veranstaltungen sowohl der mobilisierende Faktor eines „Generationenprotests“ (vor allem in der Bundesrepublik, so die Veranstaltung mit Axel Schildt), aber auch die weitergehende Dimension einer umfassenden Demokratisierung und Emanzipation der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die gesellschaftliche Bewegung verband mit ihren Kämpfen auch ein gänzlich anderes Verständnis von Arbeit und Alltagskultur. Mit Peter Birke und Arndt Neumann versuchten wir zu erörtern, wie sich schlußendlich Konzeptionen von „Alte Linke / Neue Linke“ in der Frage der Realisierung einer gesellschaftlichen Emanzipation durch Arbeitsorganisation und Arbeitskampf gegenüberstehen. Dafür sind die „Wilden Streiks“ sowie Bestrebungen nach

Strukturen der Arbeiterselbstverwaltung außerhalb gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse Beispiele. Am Beispiel des Pariser Mai 1968 wurde deutlich, welches Potential eine breite Bewegung aus Studenten, Schülern und Arbeitern haben konnte und kann. Einem sehr erfrischenden und anregenden Vortrag von Ingrid Gilcher-Holtey zur Koordinierung von Studenten und Arbeitern („Eine große Parallelaktion?“) folgte eine gemeinsame Erörterung über die verschiedenen politischen und ökonomischen Ausgangslagen, die in Frankreich und Deutschland vor dem „Mai 1968“ bestanden und in beiden Ländern spezifische Entwicklungen mit hervorgebracht haben.

Besonders wichtig war die Diskussion um das Verhältnis antiautoritär-spontaner Proteste und – eher nahe der Arbeiterbewegung – solidarisch, langfristig und parteilich organisierter Kräfte. Es stellte sich heraus, daß die prägnanten Aktionen rund um 1968 zwar oft eher antiautoritär begannen, aber sowohl die analytischen und gesellschaftskritischen Vorarbeiten als auch der lange Atem der Bewegung und ihre Transformation in zumindest fortschrittlich-reformpolitisches Handeln wesentlich von den klassischen Organisationen und Anschauungen linker Politik getragen waren, die sich durch diesen Prozeß aber selbst veränderten und ihre emanzipatorischen Impetus aktualisierten. Dabei spielte in der Bundesrepublik – durch die kritische Auseinandersetzung mit der schwarz-braunen Kontinuität nach 1945 – auch eine gewissermaßen „anti-antikommunistische Bewegung“ eine wesentliche Rolle, um die Stigmatisierung von Gleichheits-, Solidaritäts-, Friedens- und Demokra-

je participe
tu participes
il participe
nous participons
vous participez
ils profitent



tisierungskampf aufzubrechen, die in anderen westeuropäischen Ländern mit starken Kommunistischen Parteien und einer Tradition der antifaschistischen Selbstbefreiung so nicht existiert(e).

Sowohl für die situationistischen Studenten der Pariser Mai-Revolte als auch für Teile der in der Bundesrepublik um 1968 erstarkenden „Neuen Linken“ konnte festgehalten werden, daß das Fehlen eines Organisationszusammenhangs für eine soziale Bewegung demobilisierend wirkt und damit für diese eine existentielle Bedrohung ist, möchte die Gesamtbewegung nicht irgendwann verebben und sich in partikularen Einzelinitiativen wiederfinden.

Mit dem ersten demokratisch gewählten Präsidenten unserer Universität, Peter Fischer-Appelt, diskutierten wir die Frage nach der demokratisch-republikanischen Grundkonstituierung der Universität nach der großen Hochschulreform von 1969 und deren Auswirkungen auf die Förderung einer auf Kooperation ausgerichteten wissenschaftlichen Praxis aller Hochschulmitglieder. Wichtig in der Betrachtung der Hochschule nach 1968 ist vor allem die Verfaßtheit der Universität als staatliche-staatsferne Einrichtung, deren Autonomie ein Schutz vor einer Indiennahme durch

der Allgemeinheit entgegenstehende Interessen sein sollte. Dies schien mit der Universitätsreform 1969 zumindest im Kompromiß realisiert: So war sie durch das Universitätsgesetz von 1969 die am demokratischsten verfaßte Universität der Republik, in der weitreichende Mitbestimmungsrechte für alle Hochschulmitglieder durchgesetzt waren, das ständische Prinzip der „Gruppen“ sich zugunsten einer republikanischen, auf prinzipielle Gleichheit ihrer Mitglieder setzende Grundordnung verschob: Universität als res publica, als Angelegenheit der Öffentlichkeit, also aller ihrer (welcher Tätigkeit auch immer nachgehenden) Mitglieder.

Die neokonservative „geistig-moralische Wende“ (ab 1982/83) bedeutete bereits einen herben gesellschaftlichen Rückschritt, der auch vor den Hochschulen nicht halt machte. Die Verschärfung des Konkurrenzprinzips seit der „Wende“ von 1989/90 und die Vergötterung der Marktgängigkeit jedweden Lebenszusammenhangs haben einen erheblichen gesellschaftlichen (selbstverständlich auch hochschulischen!) Flurschaden angerichtet: Entsolidarisierung und Entdemokratisierung sind Folgen einer gegen soziale Interessen gerichteten Politik, die nicht unwidersprochen bleibt. Die Gegnerschaft dazu wird

klarer und breiter. Ein gesellschaftlicher Aufbruch ist dringend erforderlich. Die gesellschaftspolitische Breite der Bewegung von 1968 ist dafür ein formidables historisches Beispiel, das es lohnt, eingehend betrachtet zu werden.

Als vorläufiges Ergebnis kann man wohl festhalten, daß soziale Aufbrüche ihre Wirksamkeit in dem Grad entfalten, wie sie Solidarität, Kulturkritik (auch: Konsumkritik), egalitäre, demokratische Kooperation und die Courage zur Weltverbesserung wirklich bereit sind, gegen die machtpolitische Gegenwehr der Herrschenden vorausgreifend zu entfalten. Dadurch sind Achtundsechzig weitreichende soziale und kulturelle Reformen und ein relevanter Mentalitätswechsel (von der Obrigkeitgläubigkeit zur demokratischen Mündigkeit) erkämpft worden. Allerdings waren die dynamisierenden Kräfte dieser Bewegung noch nicht genug entwickelt, um einen Durchbruch gegenüber der durch die Profitwirtschaft bestimmten Deformation von Arbeit, Bildung und Kultur zu erreichen, so daß ein Rollback möglich war. Den näheren Gründen dafür soll in weiteren Veranstaltungen ebenso nachgegangen werden, wie den Möglichkeiten, für heutige (studentische) Bewegung Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Kein Comeback für studentische Verbindungen

Vor der Wahl des Erzreaktionärs Dieter Ahlhaus zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg musste sich dieser aufgrund des öffentlichen Drucks von der schlagenden studentischen Verbindung Ghibellinia distanzieren, deren Ehrenmitglied er ist. Der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft Michael Neumann hat in dieser Zeit am eigenen Leibe erfahren, was es heißt sich gegen Verbindungen zu äußern. „*Dutzende Mails mit Schmähungen und Hasstiraden haben ihn erreicht, der Chef eines großen Hamburger Unternehmens klärte ihn in einem persönlichen Brief darüber auf, dass studentische Verbindungen für ‚Charakter und Freiheit und stolze Geschichte unseres Landes‘ stünden*“.¹

Die CDU ist bekannt dafür, dass sie nicht allein Kontakte zu studentischen Verbindungen pflegt, sondern auch sonst gerne mit dem extrem Rechten Millieu poussiert. So können sich Revanchisten (Vertriebenen-Chefin Steinbach) und Antisemiten (Ex-Bundestagsabgeordneter Martin Hohmann) dort tummeln und sieht sie sich in Regierungsämtern eigentlich nie veranlaßt gegen Nazi-Aufmärsche vorzugehen, läßt aber oft die Gegenaktivitäten unterbinden. Die Wahl eines engen Sympathisanten des reaktionären Verbindungsstudententums ins höchste Amt der Stadt droht nun, für das Verbindungsstudententum neu für gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen.

Bis heute gibt es hauptsächlich drei Arten von Korporierten: Landsmannschaften, die so alt sind wie die Universitäten selbst und zur damaligen Zeit des ‚europäischen Hochschulraumes für den Schutz und die Interessen der Studenten zuständig waren. Die Burschenschaften, die sich auf ihre Gründung als Urburschenschaft beziehen und in Verbindung mit dem Wartburgfest stehen. Schließlich die Corps, die den deutschen Idealismus in die Verbindungen trugen.

Studentenverbindungen, wie sie sich bis in unsere Zeit gerettet haben, entstanden um 1814. Sie waren eine Antwort auf die Napoleonische Besetzung und die in Folge der Französischen Revolution auch nach Deutsch-

¹Veit, Sven-Michael: Ahlhaus-Affäre: Politiker unter Dauerbeschuss, taz vom 13.09.2010.

Neuer Sprecher des Historischen Seminars

Seit dem 1. Oktober 2010 ist Prof. Dr. Franklin Kopitzsch Sprecher des Historischen Seminars. Er hat das Amt von Prof. Dr. Frank Golczewski übernommen, der seit Oktober 2008 Sprecher war. Diesem sei hiermit für zwei Jahre (nicht immer einfacher, aber immer ehrlicher!) Zusammenarbeit gedankt. Herrn Kopitzsch und uns wünschen wir für die nächsten zwei Jahre eine gute Zusammenarbeit und Mut, positiv für eine wirkliche Studienreform zu streiten.

Causa Schweinebucht

Im Laufe des Sommersemesters kam es häufiger zu Beschwerden wegen des Aufenthalts in der Schweinebucht und des Verhaltens sog. „betriebsfremder Personen“ (Obdachlose). Der Unmut ob der Anwesenheit dieser „Randständigen“ wurde allzuoft mit dem Schließen der Schweinebucht verbunden. Da es auch dem FSR um gute Lebens- und Arbeitsbedingungen im Seminar geht (hört! hört!), luden wir die Flurnachbarn zu einem Gespräch, wo (leider) eher affirmativ und wenig ergebnisoffen die Frustration und Genervtheit reingetragen wurde. Als (vorläufiges) Ergebnis gibt es nun einen Schlüssel für die Schweinebucht, der in der Bibliothek im 9. Stock entliehen werden kann.

land kommenden Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Jedoch konkurrierten diese Prinzipien mit den Zielen der nationalen Einigung und dem Kampf gegen die „Franzosenherrschaft“. Spätestens mit der Niederschlagung der bürgerlich liberalen Revolution von 1848 wurden deshalb mit diesem nationalen Erbe von Beginn an vorhandener Militarismus, Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Deutschtümelei zu den ideologischen Fundamenten aller studentischen Verbindungen.

In den laufenden Jahrzehnten schossen Verbindungen wie Pilze aus dem Boden. Durch Reichsgründung und Weltkrieg in ihren Taten bestärkt, erreicht die Zahl der korporierten Studenten in der Weimarer Republik ihren Höhepunkt und bildet ein Zentrum der Verfechter der Dolchstoßlegende. Auch waren sie naheliegende Anlaufstätte für Faschisten und wesentliche Triebfeder der Verrohung, des Antisemitismus und der antidemokratischen Propaganda an den Universitäten.

Die heutige Legendenbildung um ihr Verbot und Verfolgung durch die Nazis ist deshalb eher auf innerrechte Konflikte zurückzuführen, als auf eine ernsthafte Distanz zum Nazi-System, schon gar nicht auf irgendeinen Widerstand. Manchen, besonders elitären Verbindungsanhängern der

damaligen Zeit erschienen allerdings die Faschisten mehrheitlich als Pöbel, der sich mehr zumaß als ihm zustand.

Nach 1945 konsequent vom Alliierten Kontrollrat verboten wurden sie erst Ende der 1940er Jahre im Zuge der kapitalistischen Restauration und der Westanbindung der Bundesrepublik wieder zugelassen und konnten sich teilweise wieder etablieren.

Durch den demokratischen Aufbruch von 1968 sind die Verbindungen vor allem im Norden der Republik erheblich zurückgedrängt worden, manche versuchten sich auch selbst zu modernisieren und sie wären wohl bald gänzlich verschwunden, wenn nicht die neokonservative Rolle rückwärts seit 1982 ihnen neuen Aufwind gegeben hätte und sie nicht durch die „Wende“ sich verlorengegangene Besitztümer aus der DDR eifrig wieder hätten aneignen und dort teilweise neu einnissten können.

Heute begünstigt die Deformation der Universitäten zu konkurrenzgeprägten Nachwuchsschmieden für den „Standort Deutschland“ den Stärke-

kult und die elitäre Doktrin von Studentenverbindungen, in denen zuweilen selbst die Verrichtung der Notdurft zum Wettstreit erhoben wird. Die Verbindung, der Christoph Ahlhaus als Ehrenmitglied angehörte, pflegt wie viele andere die „Mensur“, eine spezielle Art des Fechtens, bei dem die als Mannhaftigkeit bezeichnete Bereitschaft zum Zynismus dadurch trainiert wird, dass Studenten einander mit scharfen Waffen ritualhaft verletzen („Pauken“). In

jedem Falle, auch in Sängerschaften oder christlichen Verbindungen, lernt man in Verbindungen den hierarchischen Umgang miteinander. Das System von Lehrling, Geselle, Meister heißt bei korporierten Studenten Füxe, Burschen, Alte Herren. Ein wesentliches Prinzip ist hierbei der Lebensbund, bei dem es sich um eine



George Grosz:
„Die Stützen der Gesellschaft“
1926

Leseempfehlungen:

- 1) Elm, Ludwig; Heither, Dietrich; Schäfer, Gerhard (Hg.): *Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute*, Köln 1992.
- 2) Asta der Uni Hamburg (Hg.): *Falsch verbunden. Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg*, Hamburg 2005. (erhältlich u.a. beim FSR Sozialökonomie sowie beim „Schwarzmarkt“, Kleiner Schäferkamp 46)

exklusive Günstlingswirtschaft handelt, weshalb Verbindungsstudenten später mit einer erheblichen Dichte in Führungspositionen anzutreffen sind, z.B.: Heinz-Christian Strache (Vorsitzender der FPÖ), Kai Dieckmann (BILD-Chefredakteur), Eberhard Diepgen (ehemaliger OB Berlins), Henning Schulte-Noelle (ehemaliger Vorsitzender der Allianz Versicherun-

gen) – die Liste läßt sich erheblich verlängern.

Es wäre also nun die Frage zu klären, wieso es Menschen gibt, die diesen gefährlichen Anachronismus mittragen. Der Schriftsteller Peter Hacks vermutet: „*Du sagst der Mensch sei schlecht, das ist doch Stuss, kaum einer ist schlechter als er muss*“. Allerdings kann sich jeder gegen Elite,

Menschenverachtung und romantische Verklärung von Vergangenheit und Nation entscheiden. Um die Hürden einer menschenwürdigen Integration in ein konfuse Uni-Leben und in die Gesellschaft ursächlich und solidarisch zu überwinden, anstatt sie konkurrenzhaft und miefig-kultig zu verinnerlichen, ist der Fachschaftrat jedenfalls die richtige Anlaufstelle.

Das nächste Mal richtig – Zur Schulreform

Mit dem Volksentscheid vom 18. Juli 2010 ist in Hamburg die Einführung der Primarschule, eine Verlängerung der Grundschulzeit bis Klasse sechs, vorerst verhindert.

Die von der schwarz-grünen Koalition dahingehend in die Wege geleitete Reform des Schulsystems wurde, aufgrund der Abwehr in Gestalt der (Groß-)Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“, abgewürgt.

Die Beteiligung bei der Abstimmung lag bei nur 39 Prozent und war noch dazu in den bürgerlich-konservativen Stadtteilen der dort ansässigen Reformgegner sehr hoch, wohingegen in den Stadtteilen mit sozial benachteiligter Bevölkerung die Beteiligung sehr gering ausfiel. Daran wird deutlich sichtbar, dass es bei der Ablehnung der schulischen Umgestaltung nur um einen bestimmten Teil der Hamburger ging und zudem das Bewusstsein für die Bedeutung und die Auswirkungen dieses Volksentscheids, sowie für die mögliche Wirksamkeit des eigenen politischen Eingreifens, nur in Teilen der Bevölkerung überhaupt vorhanden war.

Eine wichtige Rolle spielte dabei mit Sicherheit auch der auf eine eher halbherzige Realisierung des Projekts zurückführbare Informations- und Motivationsmangel. Das hängt damit zusammen, dass diese Schulreform der CDU seitens der Grünen erst in einem etwas merkwürdig anmutenden Schacher mit der Einwilligung zu einer weiteren Elbvertiefung abgehandelt werden konnte und das eigentliche Ziel des mindestens neunjährigen gemeinsamen Lernens dafür aufgegeben wurde.¹

Nach dem Volksentscheid drängt sich die Frage auf, warum die Initiative mit ihrer Blockade erfolgreich sein



konnte, obwohl das alleinige Ziel der „Gucci-Proteste“ in der Bewahrung der Privilegien für die eigenen Kinder bestand. Die in Hamburg besonders stark ausgeprägte soziale Ungleichheit, die sich im Schulsystem wieder spiegelt und die mithilfe der Schulreform bekämpft werden sollte, wird von Walter Scheuerl und seinen Gefolgsleuten anscheinend befürwortet. Der Versuch, Überreste der Ständegesellschaft in Form von ungleichen Zugangschancen zur Bildung, die sich an der sozialen Schichtzugehörigkeit orientieren, zu verteidigen, wurde im Zuge der Kampagne verhindert. Das Ergebnis ist eine zunehmende Perspektivlosigkeit für sozial benachteiligte Kinder. Soziale Probleme in der Großstadt Hamburg werden auf diese Weise nicht gelöst, sondern im Gegenteil noch vertieft.

Demokratie braucht Bildung

Nun setzt eine demokratische Gesellschaft aber vor allem ein demokratisches Bewusstsein in der Bevölkerung voraus, sodass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bildungsvoraussetzungen und dem Gelingen von (direkter) Demokratie besteht. Demokratisch legitim sind Volks-

entscheide unter der Voraussetzung, dass eine gut informierte Mehrheit der Bevölkerung daran teilnimmt. Politische Partizipation findet folglich nur dann auch wirklich statt, wenn es ausreichend im demokratischen Sinne aufgeklärte Bürger gibt. Das wiederum ist nur durch Aufklärung durch kritische Bildung, die alle Bevölkerungsschichten erreicht, durchzusetzen. Der defizitäre Informationsfluss kommt aber auch durch eine fehlende kritische und nicht-selektive Berichterstattung unabhängiger Medien zustande.

Das Ziel bei der Umgestaltung der Schulen sollte ein gleichberechtigter Zugang für alle zu den bestehenden Bildungseinrichtungen sein, Gleichberechtigung erfordert allerdings auch gleiche Ausgangsbedingungen für alle Schüler. Um Bildung für alle Kinder zugänglich zu machen, ist eine höhere Durchlässigkeit des Schulsystems notwendig, wobei in diesem Zusammenhang der Zugang zu den betreffenden Bildungswegen nur durch freie Lehr- und Lernmittel garantiert werden kann. Eine Auslese nach der vierten Klasse ist dagegen vernunftmäßig nicht zu rechtfertigen, da es unmöglich und vor allem nicht wünschenswert ist, hierarchisierende Zukunftsprognosen anzustellen, die dann für das ganze Leben gelten sollen. Auf diese Weise wird vielen Kindern von Anfang an der Weg in Richtung einer besseren (Aus-)Bildung versperrt.

Dieselbe Gesellschaft - dasselbe Problem

Das dreigliedrige Schulsystem, ein Erbe der nationalsozialistischen

¹ Die Grünen warben bei der Bürgerschaftswahl 2008 mit dem Slogan „Neun macht klug“.

Schulstruktur², hat schon längst jegliche Legitimation verloren. Dennoch wurden die in der Nachkriegszeit in Hamburg angestrebten Strukturänderungen, die auf ein gemeinsames voneinander und miteinander Lernen aller Schüler zielten, im Laufe der Regierungszeit des „Hamburger Blocks“³ von 1953 bis 1957 bedauerlicherweise wieder zurückgenommen. Dieser Rückschritt lag daran, dass die Wiederherstellung des vorherigen Status Quo für einen privilegierten Teil der Bevölkerung erstrebenswert schien. Diesem kleinen, sozial besser gestellten Bevölkerungsteil gelang es, in Zeiten des Kalten Krieges, eine Reform in Richtung sozialer Gleichheit mit antikommunistischen, propagandistischen Mitteln zurückzustutzen. Der Springer-Verlag war mit Bild und Hamburger Abendblatt immer mit von der Partie. An der egoistiskleinmütigen Haltung hat sich seitdem nichts geändert, so versuchen die Unterstützer von „Wir wollen lernen“ weiterhin ihre elitäre Position in der Gesellschaft zu verteidigen.

Wie geht's weiter?

Vollständig gescheitert ist die Reform mit dem Volksentscheid letztlich nicht, da ein zweigliedriges Schulsystem, aufgeteilt in Stadtteilschulen und Gymnasien, trotzdem eingeführt wird. An den Stadtteilschulen können alle Abschlüsse gemacht werden, ein-

schließlich des Abiturs in 13 Jahren, während das Gymnasium erhalten bleibt und hier ein Abschluss nur in 12 Jahren möglich ist. Das ist eigentlich kein Vorteil.

Der ungleiche Zugang zu mehr Bildung bleibt also bestehen, es sei denn, es gibt weiterhin ein kontinuierliches Engagement zur Überwindung dieser Missstände, sodass die Stadt Hamburg dazu übergeht, zukünftig in die Bildung für Alle zu investieren und die sozialen, kulturellen und pädagogischen Möglichkeiten der Schulen erheblich zu erweitern. Die gegenwärtige Sparpolitik des Hamburger Senats unter dem neuen Bürgermeister Ahlhaus lässt da jedoch leider nicht allzu stark hoffen.

Es ist erschreckend, wie wenig in der „Bildungsrepublik Deutschland“ (Angela Merkel) tatsächlich in Bildung investiert wird. Wer kann sich noch über schlechte Ergebnisse der Lernstandsuntersuchungen wundern, wenn die Gründe dafür doch dermaßen offen liegen. Ein stetiger Abbau im Bildungssektor, Gehälter für Lehrer und Angestellte werden gekürzt und neue Gebühren erhoben.

Diese Entwicklungstendenzen manifestieren sich sicherlich nicht ausschließlich an den Schulen, sondern sind auch in allen anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel an den Hochschulen, deut-

lich spürbar.

Dabei sehen selbst die Vereinten Nationen in Deutschland das Menschenrecht auf Bildung verletzt. Nach einer Bestätigung dafür muss in Hamburg nicht lange gesucht werden, hier liegt die Zahl der Kinder ohne Schulabschluss jetzt schon bei über zehn Prozent; die Studierendenzahlen an den staatlichen Hochschulen nehmen seit 2001 (Beust, Schill, Lange) kontinuierlich ab.

Eine Perspektive auf Verbesserung für alle Kinder bieten reaktionäre Bürgerbewegungen à la „Wir wollen lernen“ sicherlich nicht. Nur der Versuch, in Zukunft ein dauerhaftes, längeres gemeinsames Lernen zu etablieren, in Kombination mit einer bedarfsgerechten Finanzierung in allen die Bildung betreffenden Bereichen, schafft Aussicht auf positive Veränderung.

In einer demokratischen Gesellschaft hat jeder Mensch das Recht auf Bildung, denn erst durch eine möglichst hohe Anzahl an aufgeklärten Menschen kann auch das Fortbestehen und die Entwicklung der Demokratie gewährleistet werden. Bildung darf deshalb keinesfalls ein Gut sein, welches sich nur wenige privilegierte Menschen leisten können. Das nächste Mal sollte eine Schulreform auf Ganze gehen.

² Die Nazis haben das konfus-elitäre Schulsystem wilhelminischer Prägung auf das uns heute bekannte Modell „verschlankt“.

³ Der Hamburger Block war ein Bündnis der Parteien CDU, FDP, DP (Deutsche Partei) und BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten).

Altonaer Museum erhalten!

Ende September 2010 beschloss der Hamburger Senat die Schließung des Altonaer Museums zum 1. Januar 2011 mit der Begründung, durch die „Einsparung“ von knapp 3,5 Mio. Euro „andere Museen von Konsolidierungsmaßnahmen auszunehmen.“¹ Von einer „Einsparung“ kann jedoch nicht die Rede sein. Das Personal des Museums kann nicht gekündigt, sondern muss weiter bei der Stadt beschäftigt werden und die Kosten der Einlagerung der ca. 650.000 Exponate des Museums an einem anderen

Ort würde die eingesparte Summe bei weitem übersteigen. Die 1 Mio. Euro Miete, die die Kulturbehörde dem Museum zur Verfügung stellt und die bei einer Schließung wegfallen würde, bekommt sie bis jetzt als Eigentümerin des gemieteten Gebäudes direkt wieder zurück und macht somit faktisch keinerlei Verluste damit. Zudem wirkt das Ganze geradezu lächerlich verglichen mit den 35 Mio. Euro, die die Stadt dem „Tamm-Museum“ (Internationales Maritimes Museum Hamburg) in

den Rachen geschmissen hat. Einem Museum, das Kriegsmarine und Marinengeschichte unreflektiert präsentiert, anstatt sich kritisch damit auseinanderzusetzen und – im Gegensatz zum Altonaer Museum – die zivile Schifffahrt sowie Arbeits- und Lebensbedingungen der Seefahrer in der Kü-

**Altonaer Museum erhalten!
Studentische Initiative zum ersten
Mal am Montag, den 18. Oktober,
18 Uhr, Phil 973 (Schweinebucht)**

¹ Pressemitteilung des Hamburger Senats vom 22. September 2010.

tenregion völlig außer Acht lässt. Die ca. 1.8 Mio. Euro, die der Verkauf des Gebäudes einbringen soll, machen die Sache nicht besser, zumal das Grundstück selbst nach realistischen Einschätzungen mindesten fünfmal soviel wert ist.

Der Sinn der Schließung scheint also nicht auf Anrieb erkennbar. Die negativen Folgen hingegen schon: Das Altonaer Museum, eines der wichtigsten kulturhistorischen Museen im ganzen norddeutschen Raum, basierte bereits bei seiner Neueröffnung 1901 auf einem fortschrittlichen didaktischen Konzept des Museums als umfassendes Bildungsinstitut, wo „[d]

er Besucher [...] aus dem Museum lebendige, fruchtbare Vorstellungen mitnehmen [und] ihm die Augen für seine Umwelt als seinem Lebensraum geöffnet werden [sollten].“² Heute ist das Museum eine Stätte, in der die Entwicklung des Hamburger Bezirks Altona/Ottensen von den Anfängen als Fischerdorf über die Hoch-Zeit der Industrialisierung in der stolzen und eigenständigen, von der dänischen Herrschaft geprägten Stadt Altona aus der Sicht „der einfachen Leute“ festgehalten und dokumentiert wird. Es

ist ein wertvoller Lernort für Schulen, Hochschulen und all diejenigen, die aus der Geschichte ihrer Vorfahren in Hamburg/Altona etwas für ihre eigenen (politischen) Auseinandersetzungen erfahren wollen. Zum Beispiel dokumentiert das Museum die Entwicklung sowohl von Schifffahrt, Hafen und Arbeit im Hafen als auch die Geschichte des Elbufers. Die Auseinandersetzung damit ist hilfreich und wichtig für einen kritischen Blick auf die derzeitige Stadtentwicklungspolitik.

Mit der Schließung des Museums ginge in Altona ein wichtiger Kulturs-

tandort und eine Einrichtung, die Teil eines sozialen Netzwerkes aus Kitas, Schulen und anderen Kultureinrichtungen ist, verloren. Ferner würde sich die Stadt um einen Ort bringen, in dem durch das didaktische Konzept einer „Geschichte von unten“ Kinder, Jugendliche und Erwachsene eine kulturelle und soziale Bildung erfahren, die zu mehr Solidarität und Verständnis untereinander führen kann. All das für eine „Einsparung“, die bei genauerem Hinsehen gar keine ist.

Diese „Einsparungen“ im Kulturbereich, die nicht nur das Altonaer Museum betreffen, sondern u. a. auch das Schauspielhaus und die Hamburger



Torkild Hinrichsen - Direktor des Altonaer Museums

öffentlichen Bücherhallen, haben bei genauerem Hinsehen eine jugend-, kultur- und sozialpolitische Dimension, die sich gegen die „Schwächsten“ der Gesellschaft richtet.

Stellt sich die Frage: „Warum also?“ Mit der Schließung des Museums ruft sich das immer wieder demontierte Gerücht ins Gedächtnis, das denkmalgeschützte Gebäude hin zum Rathaus, in dem sich die Staatliche Gewerbeschule Energietechnik (G10) nach dem Verkauf durch die Stadt mittlerweile nur noch als Mieterin aufhält, in ein Hotel mit Außengast-

ronomie umzuwandeln. Der Verkauf des Museumsgebäudes könnte dann eine „Flaniermeile mit Pariser Flair“ (Die Linke) entstehen lassen, als Verbindung zwischen Ottensen und dem Kreuzfahrtterminal der Reichen. Das Altonaer Theater ließe sich als Event-Stätte integrieren. Falls nicht, wartet man einfach bis es pleitegeht. Das passt perfekt zu HafenCity, Elbphilharmonie und der ganzen schwarzgrünen (Kürzungs- und Prestige-) Politik insgesamt. Es geht nicht um „Einsparung“, sondern, wie es der Museumsdirektor Torkild Hinrichsen zu recht vermutet, um einen „von langer Hand vorbereiteten Immobiliendeal“.

Was also tun?

Rechtsgutachten, die die Schließung des Altonaer Museums für rechtswidrig und nicht vereinbar mit dem Museumsstiftungsgesetz halten, lassen hoffen, dass die Sache noch ein gutes Ende findet. Ein Selbstgänger ist dies jedoch nicht. Die ins Leben gerufene Bürgerinitiative „Altonaer Museum bleibt“ kämpft für den Erhalt des Museums. Wer mitmachen will, kann die Initiative unter altonaermuseumbleibt@gmx.de kontaktieren und/oder Unterschriften sammeln. (Es sind bereits um die 20.000 zusammengekom-

men.) Unterschriftenlisten liegen zum Mitnehmen vor dem FSR-Büro aus. Ebenso wurde eine studentische Initiative ins Leben gerufen (s. Kasten). Dazu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Die Initiativen und das Solidaritätsfest, zu dem das Altonaer Museum am 3. Oktober aufgerufen hatte und welches sehr gut besucht war und deutlich die Empörung über die Schließung des Museums zeigte, waren ein guter erster Schritt in die richtige Richtung. Kritische Aufklärung und das Hinarbeiten auf einen Politikwechsel sind ein guter zweiter und dritter Schritt.

² Hinrichsen, Torkild: In Ottos Kopf. Otto Lehman und sein modernes Konzept für das Altonaer Museum 1901, 1914 und 2001, in: Ders. (Hg.): In Ottos Kopf. Das Altonaer Museum 1901 bis 2001 und das Ausstellungskonzept seines ersten Direktors Otto Lehmann, Hamburg, München 2001, S. 13-24.